

Der Salzburger Landtag und sein politisches Umfeld

Materialien für
den Unterricht
aller Schulstufen





Mehr aktuelle Infos und Hintergründe auf der Jugendseite des Salzburger Landtages: www.jularockt.at



Dieses Werk ist, soweit nicht anders angegeben, unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Unported zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/> oder wenden Sie sich brieflich an Creative Commons, 444 Castro Street, Suite 900, Mountain View, California, 94041, USA.

Impressum

Verleger: Land Salzburg, vertreten durch den Salzburger Landtag • Herausgeber: Landtagspräsident Simon Illmer • Gestaltung: Hausgrafik Land Salzburg • Druck: Hausdruckerei Land Salzburg • Alle: Postfach 527, 5010 Salzburg

Bilder: Salzburger Landtag; Bild Seite 13: Wikipedia, Ailura; Illustrationen Seite 2 und 31: I-dea graphics; Illustrationen Seite 20: Graham Wiseman; Karikaturen auf Seite 68 und 69: Thomas Wizany

Autor/innen der Handreichung: Christoph Kühberger/Elfriede Windischbauer



Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
sehr geehrte Politik-Interessierte!

In Sonntagsreden bekennen sich alle Parteien zur Wichtigkeit der politischen Bildung an Österreichs Schulen, und das zu Recht. Es gab in den letzten Jahren kaum eine Jugendstudie, in der den Jugendlichen in Österreich nicht ein nur geringes politisches Interesse oder Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Politik zugesprochen worden wäre.

Bei den regelmäßigen Besuchen von Schulklassen aller Schultypen im Salzburger Landtag erlebe ich jedoch nicht die Jugend aus den Jugendstudien. Ganz im Gegenteil, ich erlebe Jugendliche, die sich durchaus dafür interessieren, wo welche Entscheidungen getroffen werden, die Hintergründe wissen wollen und sehr geschulte und kritische Fragen stellen.

Das gleiche Bild bietet sich bei den zahlreichen anderen Jugendprojekten des Salzburger Landtags, beim SchülerInnenparlament der Landesschülervertretung, bei der Jugendwebseite „jularockt.at“ oder beim Europaquiz des Landesschulrates.

Was alle diese positiven Gegenbeispiele gegen den allgemeinen Trend verbindet, ist der Einsatz engagierter Pädagoginnen und Pädagogen und der Schülerinnen und Schüler selbst, Demokratie und gesellschaftliche Steuerungsprozesse weiter zu entwickeln und sich für eine Zukunft vorzubereiten, in der es mehr Offenheit politischer Prozesse und mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen geben muss.

Diese Handreichung soll eine Unterstützung für die Unterrichtsplanung sein, und zugleich eine Einladung, sich verstärkt mit politischen Strukturen und Entscheidungen im Land Salzburg zu befassen. Der österreichische Föderalismus bietet ein hohes Maß an Bürger/innen-Nähe und Partizipationsmöglichkeiten. Sie müssen gelebt werden, um weiter zu bestehen. Ich danke allen, die zum Zustandekommen dieser Handreichung beigetragen haben, an erster Stelle den beiden Autoren Frau Rektorin Dr. Elfriede Windischbauer und Herrn Vizerektor Dr. Christoph Kühberger.

Ihnen wünsche ich für Ihren Unterricht viel Erfolg und Interesse, über Rückmeldungen zu dieser Handreichung würde sich der Landtag natürlich sehr freuen.

Simon Illmer
Präsident des Salzburger Landtages





Sehr geehrte LehrerInnen!
Sehr geehrte Eltern!
Liebe SchülerInnen!

Demokratie und die Beteiligung der Bevölkerung an der staatlichen Willensbildung sind auch im 21. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit. Zahlreiche Staaten werden nach wie vor absolutistisch regiert. Unzählige Kriege und Bürgeraufstände führen uns tagtäglich vor Augen, dass eine gelebte Demokratie nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, der Bevölkerung möglichst früh den Stellenwert und die Bedeutung einer Demokratie näher zu bringen. Denn, um Demokratie zu verstehen und aktiv leben zu können, ist es ganz elementar, die Staatsstruktur sowie das politische System in seinen Grundzügen zu kennen.

Der Salzburger Landtag bekennt sich ganz klar zur demokratischen Republik, zum bundesstaatlichen Prinzip und zur aktiven Einbindung der Bevölkerung in die politische Willensbildung. Ganz besonderes Augenmerk wird dabei auf die Jugend gelegt. Denn, auch die Wünsche, Anregungen, Ideen unserer Jugendlichen sollen in die politische Arbeit im Landtag – zur Gestaltung und Entwicklung unseres Bundeslandes – einfließen. Daher wurden beispielsweise auch das aktive Wahlalter in Salzburg auf 16 Jahre herabgesetzt, ein Jugendlandtag sowie das SchülerInnenparlament entwickelt oder eine Jugendwebsite des Salzburger Landtages erarbeitet.

Es ist wichtig, die Jugend in die Arbeit des Salzburger Landtages einzubinden, ihnen die Arbeit des Landtages näher zu bringen, sie dafür zu sensibilisieren, welche Weichenstellungen durch die Arbeit im Landtag getroffen werden, welche praktischen Auswirkungen das auf das tägliche Leben hat. Den Jugendlichen zu verdeutlichen, dass die Wahrnehmung des Wahlrechts, auch wenn man selbst nur ein kleiner Teil des staatlichen Gefüges ist, wichtig und auch richtungsweisend sein kann.

Je früher Menschen vermittelt bekommen, was aktive Beteiligung an demokratischen Prozessen bedeutet und wie staatliche Willensbildung erfolgt, umso stärker kann Demokratie in weiterer Folge gelebt werden.

Mit dem vorliegenden Handbuch wurde eine sehr gute Unterlage entwickelt, die Kindern und Jugendlichen verdeutlichen soll, welche Aufgaben der Salzburger Landtag hat, wie die Arbeitsabläufe im Landtag strukturiert sind, wie sich der Landtag zusammensetzt, welche Aufgaben aber auch den einzelnen Abgeordneten zukommen. Dazu darf ich herzlich gratulieren und ich möchte mich auch ganz besonders dafür bedanken.

LAbg. Roland Meisl
Klubvorsitzender
SPÖ-Landtagsklubs



Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
geschätzte Damen und Herren!!

Politik geht uns alle an, weil Politik weit mehr ist, als man auf den ersten Blick glaubt. Politik reduziert sich nicht auf ein Betätigungsfeld oder einen Beruf für einige wenige, sondern Politik gestaltet den Lebensraum aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Frage, welches Schulsystem besteht, welche Möglichkeiten der Ausbildung es gibt, wie das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel aussieht, welche Berufsmöglichkeiten für junge Menschen bestehen, wie ich im Krankheitsfall versorgt werde, welche Rechte Jugendliche haben und vieles, vieles mehr wird durch die Politik im Rahmen von Gesetzen geregelt.

Daher ist es mir ein großes Anliegen, dass sich Bürgerinnen und Bürger und vor allem Jugendliche in das politische Geschehen einbringen und ihre Anliegen, Wünsche und Vorstellungen klar zum Ausdruck bringen. Dazu ist es notwendig, über die Grundlagen der Politik bestens informiert zu sein und die Mechanismen der Politik zu verstehen. Die vorliegende Broschüre wird dazu einen sehr informativen und unterhaltsamen Beitrag leisten.

Mein Dank gilt daher allen, die am Entstehen beteiligt waren und allen, die diese Unterlagen nutzen, wünsche ich: Viel Spaß an und mit der Politik!
Es liegt letztlich in eurer Hand, wohin sich Salzburg entwickelt!

LAbg. Mag. Gerlinde Rogatsch
Klubobfrau
ÖVP-Landtagsklub



Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Mechanismen der Politik sind für Außenstehende oft nur schwer, zum Teil auch gar nicht zu durchschauen. Dies gilt für junge Menschen noch viel mehr als für Erwachsene. Gerade die jungen Menschen mit der Landespolitik vertraut zu machen, ist die Aufgabe dieses Lehrbehelfes. Damit wird auch einem langgehegten Wunsch der Landtagsparteien entsprochen.

Man kommt nicht als Demokrat auf die Welt, sondern man muss vielmehr dazu erzogen werden. Die Vermittlung der Werte der Demokratie in unseren Schulen ist ein geradezu existenzieller Beitrag für das zukünftige Funktionieren unseres Staatswesens.

Parlamentarismus und Demokratie greifbarer und anschaulicher zu machen, sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen sich aktiv an den politischen Prozessen beteiligen.

Ziel soll es auch sein, die Begeisterung der jungen Menschen für die Demokratie und das parlamentarische System zu wecken und ihnen die Chancen der Mitbestimmung und der politischen Partizipation als besonderen Wert zu vermitteln.

Ich hoffe, dass der vorliegende Lehrbehelf auf Ihr Interesse stößt und im Unterricht Eingang findet. Für Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und auch viel Freude.

Ich möchte dieses Vorwort auch mit einem Dank an alle Pädagoginnen und Pädagogen schließen, die sich im Rahmen des Unterrichtes für die Vermittlung der Grundwerte von Demokratie und Parlamentarismus einsetzen.

Vielen Dank
LAbg. Dr. Karl Schnell
Klubobmann
FPÖ-Landtagsklub



Sehr geehrte LehrerInnen!

Nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung interessiert sich für Politik. Bedauerlich, denn Politik ist die aktive Gestaltung unseres Zusammenlebens. Und dieses zur Zufriedenheit möglichst vieler zu regeln, ist eine ständige Herausforderung, die uns alle betrifft.

Denn welche Wege wir als Gesellschaft beschreiten, daran wirkt jeder von uns mit. Nicht nur alle paar Jahre durch ein Kreuz bei Gemeinde-, Landtags- und Nationalratswahlen. Wir wählen täglich: Was wir essen, was wir anziehen, was wir konsumieren – ein Blick auf die Produktionsbedingungen macht jeden Kauf zu einer politischen Entscheidung. Um diese verantwortungsvoll zu treffen, gilt es, sich ständig zu informieren. Zu hinterfragen. Für und Wider abzuwägen.

Dieser Weg mag mühsamer sein als einfach jenen zu vertrauen, die für jedes noch so komplexe Problem eine simple Lösung anbieten. Doch nur wenn wir alle uns persönlich dafür zuständig fühlen, unter welchen Bedingungen wir miteinander leben wollen, kommen wir dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft näher.

In diesem Sinne danke ich allen PädagogInnen für ihre Bemühungen, „politische Bildung“ im Sinne aktiver Teilhabe zu verbreiten. Und hoffe, dass SchülerInnen bei diesem Unterrichtsfach entdecken: Politik geht uns alle an.

LAbg. Cyriak Schwaighofer
Fraktionsvorsitzender
Die Grünen

Inhaltsverzeichnis

Zur Handreichung

Zum Aufbau der Handreichung	10
Verwendung der Materialien	10
Fachdidaktische Grundlagen	11
Der Salzburger Landtag – ein Überblick.....	13

Materialien

1. Was macht eine Politikerin/ein Politiker? (VS).....	18
2. Grundsätze demokratischer Wahlen (VS)	21
3. Ebenen der Politik (VS/ Sek. I).....	28
4. Erkundung vor Ort: Der Salzburger Landtag (Sek. I und II)	32
5. Selbstdarstellung der im Salzburger Landtag vertretenen Parteien (Sek. I)	43
6. Aufgaben von Abgeordneten (Sek. I).....	46
7. Landtagswahlen in Zahlen (Sek. I).....	49
8. Brauchen wir einen Landtag? (Sek. I)	54
9. Analyse von Zeitungsberichten über den Landtag (Sek. I und II) ...	58
10. Das Budget als Verteilungsproblem (Sek. I und II)	65
11. Landespolitik in Karikaturen (Sek. I und II).....	67
12. Plakate zu Landtagswahlen analysieren (Sek. I und II)	72
13. Analyse von TV-Berichterstattung (Sek. II)	77

Literatur	82
-----------------	----

Autorenteam	85
-------------------	----

Zum Aufbau der Handreichung

Die hier vorliegende Handreichung versucht Zugänge zum Salzburger Landtag zu legen. Die Grundidee geht dabei davon aus, die Institution und ihr Umfeld kennen zu lernen. Aus diesem Grund werden die Möglichkeit der Durchführung eines Besuches des Landtages mit Vor- und Nachbereitung geboten, grundlegende Einblicke in das Funktionieren von Parteien gewährt oder auch landespolitische Aspekte rund um das Salzburger Landesparlament aufgenommen.

Die einzelnen Bausteine sind dabei nach dem immer gleichen Muster aufgebaut. Nach einer Einleitung in Form von „didaktisch-methodischen Hinweisen“, in der grundlegende Informationen zum schulischen Einsatz geboten werden, folgt ein „Hintergrundwissen“, welches zusätzliche Informationen zu dem in den Materialien gebotenen Inhalten liefert. Jedes Kapitel führt an, für welche Schulstufen die Materialien konzipiert wurden, wobei eine Grobeinteilung (Volksschule/VS – Sekundarstufe I/Sek. I – Sekundarstufe II/Sek. II) vorgenommen wurde und es in den Händen der Lehrperson liegt, die Materialien auf eine konkrete Lerngruppe auszurichten.

Verwendung der Materialien

Die Materialien wurden so konzipiert, dass sie über die darin vorgeführten inhaltlichen Beispiele hinaus genutzt werden können. Die inhaltlich ausgerichteten Beispiele sind daher als Statthalter für zukünftige, heute nicht vorhersehbare Themen der Landespolitik zu begreifen, indem man eben andere Zeitungsartikel, TV-Berichte, Karikaturen statistische Zahlen o.ä. mit je tagespolitischem Bezug heranziehen kann. Einige Bausteine in der Handreichung versuchen darüber hinaus, Grundlegendes in den Mittelpunkt zu stellen, wie zum Beispiel die Ebenen der Politik, Leitfäden zur Analyse von Wahlplakaten etc.

Fachdidaktische Grundlagen

Die Materialien wurden für einen kompetenzorientiertes Politikunterricht für unterschiedliche Jahrgangsstufen entwickelt, der versucht, bei den Schülern/innen ein reflektiertes und (selbst)reflexives Politikbewusstsein auszuprägen. Eigenständiges und gemeinsames kritisches politisches Denken und Handeln steht dabei ebenso im Zentrum, wie der Umgang mit Meinungen und Handlungen anderer innerhalb einer Gemeinschaft (vgl. Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008). Entsprechend einer modernen Politikdidaktik im Sinn des „Beutelsbacher Konsens“ muss dabei seitens der Lehrperson besonders darauf geachtet werden (vgl. Schiele/Schneider 1996; Schneider 1999), dass

a) die Lernenden nicht durch eine – durch welche Mittel auch immer herbeigeführte – gelenkte Meinungsbildung in ihrer Urteilsfindung beeinflusst werden, da dadurch die Gewinnung eines selbstständigen Urteils behindert wird (Überwältigungsverbot).

b) jene Aspekte in der Behandlung von gesellschaftlichen bzw. politischen Themen kontrovers verlaufen, die auch in Wissenschaft und Politik aus unterschiedlichen Standpunkten heraus kontrovers diskutiert werden (Kontroversitätsgebot). Wird dieses Prinzip befolgt, werden die politischen Standpunkte des Lehrers/der Lehrerin, seine/ihre wissenschaftliche Herkunft und seine/ihre politische Meinung in den Auseinandersetzungen in der Lerngruppe relativiert und behindern im Idealfall nicht die selbstständige Ausprägung eines politischen Denkens.

c) die Schüler/innen dazu befähigt werden, eine politische Situation hinsichtlich ihrer je individuellen Interessenslagen zu analysieren bzw. nach Mitteln und Wegen zu suchen, um vorgefundene politische Lagen im Sinn der eigenen Interessen – etwa im Sinn eines Minimalkonsenses einer Gruppe – zu beeinflussen.

Politische Bildung versteht sich in Österreich als Unterrichtsprinzip und sollte daher in unterschiedlichsten schulischen Zusammenhängen eingebracht werden, wie etwa das Lesen von Statistiken von Landtagswahlergebnissen im Mathematikunterricht oder die Analyse von Medienberichten im Deutschunterricht. Ziel ist es, bei den Schülern/innen im Sinn des österreichischen Kompetenzmodells für politische Bildung anhand von lebensweltlich zugänglichen Beispielen der Politik politische Kompetenzen in vier Bereichen anzubahnen (Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008; vgl. Kühberger/Windischbauer 2008):

1) Politische Urteilskompetenz beinhaltet die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft zu einer selbstständigen, begründeten und möglichst sach- und/oder wertorientierten Beurteilung politischer Entscheidungen, Probleme und Kontroversen. Jedes politische Urteil basiert auf einer Anzahl von Teilurteilen und kann selbst Teil eines übergeordneten Urteils werden.

2) Politikbezogene Methodenkompetenz umfasst zum einen das Verfügenkönnen über Verfahren und Methoden, die es erlauben, sich mündlich, schriftlich, visuell und/oder in modernen Medien politisch zu artikulieren und so im Idealfall auf reflektierte und (selbst)reflexive Weise eigene Manifestationen zu schaffen (Beschaffung/Beurteilung von Informationen zu relevanten politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten, sach- und medienadäquate Darstellung von Positionen, Beherrschen verschiedener Formen des politischen Diskurses etc.). Sie umfasst zum anderen die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften zum Entschlüsseln fertiger Manifestationen des Politischen (in unterschiedlichen Medien, in unterschiedlichen Textsorten, für unterschiedliche Adressaten/innen etc.). Damit sollen die Lernenden über Verfahrensweisen verfügen lernen, die es ihnen ermöglichen, in einen Diskurs mit anderen zu treten und die Grundlagen von Informationen zu reflektieren.

3) Politische Sachkompetenz beinhaltet jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die es ermöglichen, Konzepte des Politischen zu verstehen, über sie zu verfügen sowie sie kritisch weiterentwickeln zu können. Unter Konzepten werden hier o.a. Fachbegriffe der Sozial- und Kulturwissenschaft verstanden, deren Kenntnis für eine fachlich angemessene Analyse politischer Situationen und Prozesse erforderlich ist und mit deren Hilfe Schüler/innen politisches Wissen strukturieren und einordnen können. Sie werden ausgehend vom Weltverständnis der Lernenden in einem ständigen Prozess der Differenzierung und Komplexitätssteigerung weiterentwickelt. Kern der Sachkompetenz ist das Verfügenkönnen über Konzepte, die als Knotenpunkte im Netzwerk der fachlich-politischen Kommunikation fungieren und dieses strukturieren. Sachkompetenz unterscheidet sich daher von deklarativem Wissen.

4) Unter politischer Handlungskompetenz versteht man die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft politische Konflikte auszutragen, eigene Positionen in politischen Fragen zu formulieren und zu artikulieren, politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen, sowie an der Lösung von Problemen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter Rücksichtnahme auf eigene und fremde Bedürfnisse mitzuwirken. Handlungskompetenz schließt Bereitschaft zum Kompromiss, Fähigkeit zur Kommunikation und Toleranz bzw. Akzeptanz und zur Konfliktfähigkeit ein.

Der Salzburger Landtag – ein Überblick

Der Landtag ist das Parlament des Landes Salzburg. Der Salzburger Landtag besteht aus 36 Abgeordneten, die alle fünf Jahre in gleichen, geheimen, unmittelbaren und persönlichen Wahlen von den wahlberechtigten Salzburgern/innen ab 16 Jahren gewählt werden. Gewählt werden können alle Wahlberechtigten, die älter als 18 Jahre sind.

Der Salzburger Landtag und die Landesregierung haben ihren Sitz im Chiemseehof in der Landeshauptstadt Salzburg.



Chiemseehof in der Stadt Salzburg

1. Aufgaben des Salzburger Landtages



Sitzungssaal des Salzburger Landtages im Chiemseehof

Die Aufgaben der Landtage und somit auch des Salzburger Landtages bestehen in der Gesetzgebung des Landes, der Bestellung der Landesregierung, der Wahl der Vertreter/innen des Landes Salzburg im Bundesrat (der „Länderkammer“) und der Kontrolle der Landesregierung.

a) Gesetzgebung

Die Zuständigkeitsbereiche des Landtages im Bereich der Gesetzgebung umfassen v.a. Bau- und Raumordnung, Grundverkehr, Jagd- und Fischereiwesen, Veranstaltungswesen, Naturschutz, Sportwesen, Fremdenverkehr, Schul- und Abgabewesen.

Gesetzesvorschläge können auf unterschiedlichem Weg eingebracht werden:

- als Regierungsvorlage (vom Amt der Landesregierung im Auftrag der Landesregierung erstellter Gesetzesvorschlag)
- als Initiativantrag (von Abgeordneten)
- als Antrag eines Ausschusses des Landtages
- als Antrag der Landesregierung, wenn ein Volksbegehren von mehr als 10.000 Landesbürgern/innen unterzeichnet und in einer Volksabstimmung angenommen worden ist

b) Wahl der vom Landtag zu bestellenden Organe

Der Landtag ist für die Wahl folgender Organe zuständig:

- Landesregierung: Die Landesregierung besteht derzeit aus sieben gewählten Mitgliedern (Landeshauptfrau, zwei Stellvertreter/innen, 4 Landesräte/innen). Ihre wichtigste Aufgabe besteht in der Erstellung von Gesetzesvorlagen an den Landtag, darunter insbesondere des jährlichen Haushaltsplans (= Budget), und der Führung der Landesgeschäfte.
- Landeshauptfrau/Landeshauptmann: Sie/Er ist Vorsitzende/r der Landesregierung bzw. Vorstand des Amtes der Landesregierung. Die Landeshauptfrau/der Landeshauptmann wird als Regierungschef/in angesehen, der/die die Regierungssitzungen leitet, ist aber formal nur Gleiche/r unter Gleichen. Weitere Aufgaben bestehen in der Vertretung des Landes, der Weiterleitung der Gesetzesbeschlüsse des Landtags an die Bundesregierung und der Kundmachung der Gesetzesbeschlüsse im Landesgesetzblatt.
- Präsident/Präsidentin des Landtages und deren/dessen Stellvertreter/in
- Mitglieder des Bundesrates
- Landesrechnungshofdirektor/in
- Vorsitzende und Mitglieder der Ausschüsse

c) Kontrolle

Dem Landtag stehen mehrere Kontrollinstrumente zur Verfügung:

- Fragerecht: Die Mitglieder des Landtages können schriftliche und mündliche Fragen an den Präsidenten/die Präsidentin des Landtages oder die Mitglieder der Landesregierung stellen. Jeder Landtagsklub kann eine dringliche Anfrage stellen. Darüber hinaus dient die so genannte „aktuelle Stunde“ in den Landtagssitzungen diesem Anliegen.
- Misstrauensvotum: Der gesamten Landesregierung oder einzelnen Mitgliedern kann durch Mehrheitsbeschluss das Vertrauen entzogen werden.
- Untersuchungsausschüsse: Jede Landtagspartei kann unabhängig von ihrer Größe einmal pro Legislaturperiode einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Darüber hinaus kann ein Viertel der Mitglieder des Landtages die Einsetzung eines solchen Ausschusses verlangen.
- Akteneinsicht
- Prüfung durch Rechnungshof und Landesrechnungshof

2. Gremien des Salzburger Landtages

Der Landtagspräsident/die Landtagspräsidentin beruft die Sitzungen des Landtages ein und legt die Tagesordnung fest.

Die Arbeit im Landtag erfolgt auf der Grundlage von formellen und informellen Gremien.

a) Formelle Gremien:

- Die *Präsidialkonferenz* besteht aus der Landtagspräsidentin/dem Landtagspräsidenten und dessen/deren Stellvertreter/in und den Vorsitzenden der Landtagsparteien. Die Aufgabe besteht v.a. in der Erstellung der Tagesordnung der Landtagssitzungen.

- Die *Ausschüsse* dienen v.a. der Vorbereitung von komplexen Gesetzesvorlagen. Derzeit bestehen im Salzburger Landtag 12 Ausschüsse (siehe Kasten). Jeder Ausschuss besteht aus fünf bis elf Mitgliedern. Die Wahl der Ausschussmitglieder erfolgt im Verhältnis der Stärke der Landtagsparteien. In der Regel tagen die Ausschüsse ein- bis zweimal pro Monat. Die Sitzungen finden im Ausschusszimmer statt und sind öffentlich. Sie werden aus dem Ausschusssitzungszimmer in den Landtagssitzungssaal und ins Internet übertragen, wo Zuschauer/innen die Geschehnisse verfolgen können.
Der Landtag im Internet: <http://www.salzburg.gv.at/landtag>

Konkrete Fragen, mit denen die Ausschüsse sich beschäftigen (Beispiele aus der laufenden Amtsperiode)

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss: Geplante Schließung von Bezirksgerichten, frühe sprachliche Förderung in Kindergärten

Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss: Erleichterung der An- und Abmeldung für schulische Nachmittagsbetreuung, Entlastung der Schulen von Verwaltungsarbeit

Ausschuss für Raumordnung, Umweltschutz und Verkehr: Teilverkabelung einer Starkstromleitung, Beschaffungsvorschriften für den Ankauf von Klima schonenden Fahrzeugen im öffentlichen Sektor

Ausschuss für Wirtschaft und Energie: Längerfristige Planung von Nutzung und Schutz der Salzburger Wälder, Steuerschulden und Rückstände bei Sozialbeiträgen von Unternehmen

Finanzausschuss: Vergabe eines Grundstückes für den Bau eines Pflegeheimes, Kaufoptionen für Grundstücke durch Wohnbaugesellschaften, Verkauf von landeseigenen Grundstücken

Landwirtschaftsausschuss: Mindesthaltbarkeitsdatum von Lebensmitteln, Verteilung der Agrarfördermittel

Sozial- und Gesundheitsausschuss: Schutzeinrichtung für von Zwangsheirat betroffenen Frauen und Mädchen, Einrichtung von Parkplätzen für Menschen mit Behinderungen

Finanzüberwachungsausschuss: Verwendung der Mittel des Salzburger Naturschutzfonds, Einsatz der Mittel des Patientenentschädigungsfonds

Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik: Einführung einer Rating-Agentur, europäischer Ausstieg aus der Atomenergie

Petitionsausschuss: Petition gegen die 380-kV-Leitung über den Gaisberg, Ergebnisse des Schüler/innen-Parlaments, Petition der Elterninitiative Pro-Integration-Salzburg

Unvereinbarkeitsausschuss: mögliche Unvereinbarkeit von Nebentätigkeiten von Politikern/innen, Tätigkeit von Politikern/innen im Vorstand von Vereinen

Immunitäts- und Disziplinarausschuss: Zustimmung zur behördlichen Verfolgung von Abgeordneten zum Salzburger Landtag im Falle von Anklagen, Verdacht des Amtsmissbrauchs usw.

b) Informelle Gremien:

- *Klub- und Fraktionssitzungen*: Die einer Partei angehörenden Landtagsabgeordneten schließen sich in der Regel zur Zusammenarbeit zusammen (= Fraktion). Eine Fraktion, die mehr als zwei Mitglieder umfasst, bildet einen Klub. Der Klubstatus bringt den Fraktionen einige Vorteile, z.B. der Geldmittel und Klubmitarbeiter/innen, Stimmrecht in den Ausschüssen. Die Fraktionen bzw. Klubs prägen sehr stark das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten (= „Klubdisziplin“).
- In der 1999 gebildeten ÖVP-SPÖ- (jetzt SPÖ-ÖVP-)Koalitionsregierung fallen wichtige politische (Vor-)Entscheidungen außerdem in zwei weiteren informellen Runden: erstens dem *Koalitionsausschuss*, bestehend aus den Regierungsmitgliedern, den Klubobleuten der Regierungsparteien und dem ersten und zweiten Landtagspräsidenten, und zweitens dem *Arbeitsausschuss der Regierung*, bestehend aus den Regierungsmitgliedern, den Klubobleuten und den Klubgeschäftsführern/innen der beiden Parteien.

Landtag und Landesregierung

Bis 1998 gab es in Salzburg eine so genannte Proporzregierung: Alle im Landtag vertretenen Parteien hatten das Recht, im Verhältnis zu ihrer Mandatsstärke in der Regierung vertreten zu sein. Eine Proporzregierung ist nicht dasselbe wie „Proporz“ (im Sinne von „Parteibuchwirtschaft“), sie wurde in der Öffentlichkeit aber immer öfter damit verbunden. Zudem häuften sich die gegenseitigen Blockaden zwischen den Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und FPÖ, sodass der Regierungsproporz schließlich 1998 in Salzburg abgeschafft wurde.

Seither müssen die Parteien im Landtag Regierungskoalitionen bilden, um eine Mehrheit zu erlangen. Beschlüsse der Landesregierung erfolgen nach dem Prinzip der Einstimmigkeit, was den Konsens zwischen den Regierungsparteien fördert. Im Landtag tritt die „große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP in aller Regel vereint den beiden Oppositionsparteien (FPÖ und Grüne) gegenüber, die wiederholt ihre eingeschränkten Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten beklagen.

Vertiefende Informationen:

Mittermayr, Wolfgang: Politik im Wandel. Der Landtag und die Arbeit seiner Ausschüsse vor und nach Abschaffung des Regierungsproporzes. Salzburg, 2009 (Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie „Salzburger Landtag“ Nr. 12)

Download:

https://service.salzburg.gv.at/landversand/Landversand.sf/de_AT/?ObjectPath=/Shops/Landversand/Products/2003-La-12

1. Was macht eine Politikerin/ein Politiker? Volksschule

1.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Kinder im Grundschulalter werden – gewollt oder ungewollt – durch Medien und ihr Umfeld mit Politik konfrontiert. Die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse, abstrakte politische Strukturen, Funktionen und Funktionsweisen politischer Institutionen, langfristige Folgen politischer Entscheidungen, Ideologien usw. sind für Grundschul Kinder jedoch schwer verständlich. Dies liegt einerseits an der noch mangelnden Fähigkeit zur Perspektivübernahme und zum abstrakten Denken, andererseits an ihrem beschränkten Erfahrungsschatz und ihrem eingeschränkten Einblick in die Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen von Erwachsenen (vgl. Reeken, 2001, 20).

Eine 2008/09 durchgeführte Befragung von Wiener und Salzburger Grundschulkindern/innen zu Politikern/innen, ihren Aufgaben und Funktionen hat ergeben, dass bei den befragten Grundschulkindern Namen von Salzburger Politikern/innen wenig bekannt sind. Den befragten Kindern ist zwar bewusst, dass es einer Legitimation bedarf, um „wichtige Frau/wichtiger Mann“ in Österreich zu sein, es existieren aber eine Reihe von Misskonzepten. So meinen manche Kinder, es bedürfe einer Prüfung oder schöner Kleidung, um Politiker/in zu werden. Die Mehrheit der Kinder gibt auf die Frage keine Antwort, einige Kinder wissen aber bereits, dass diese Legitimation durch Wahlen erfolgt (vgl. Hofmann/Windischbauer 2010, 72ff.). Auf die Frage „Was macht ein Politiker? Welche Aufgaben hat er?“ gibt die Mehrheit der befragten Kinder keine Antwort. Die wenigen konkreten Vorstellungen der Kinder gehen von Alltagserfahrungen der Kinder aus. So meint ein Kind: „Der hat die Aufgabe, wichtige Zettel zu kopieren oder sonst irgendetwas zu schreiben.“ (Hofmann/Windischbauer 2010, 73f.) Die Ergebnisse der Befragung lassen den Schluss zu, dass gerade in diesem Bereich im Unterricht der Grundschule Handlungsbedarf besteht. In der didaktischen Literatur werden z.B. Erkundungen auf Gemeindeebene, kritische Begleitung eines kommunalen Wahlkampfes, Lektüre einer Lokalzeitung, Besuch von Lokalpolitikern/innen in der Schule vorgeschlagen (vgl. Reeken 2001, 88f.).

Der folgende Unterrichtsvorschlag nimmt die Ergebnisse der Interviews mit Grundschulkindern/innen zum Anlass, um sich – über einen fiktiven Text – mit dem Tagesablauf einer – fiktiven – Salzburger Landtagsabgeordneten zu beschäftigen. Einerseits soll zunächst möglicherweise vorhandenes Vorwissen der Schüler/innen mobilisiert werden, andererseits sollen die Schüler/innen erfahren, welche Aufgaben Landtagsabgeordnete wahrnehmen und selbst eine Wertung der Wichtigkeit dieser Aufgaben vornehmen.

1.2. Hintergrundwissen

Die Abgeordneten des Salzburger Landtages beschließen Gesetze, die für das Land Salzburg gelten. Sie entscheiden auch, wie viel Steuergeld für Schulen, Sport, Tierschutz, Wohnungen usw. ausgegeben wird. Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Der Salzburger Landtag – ein Überblick“.

Die Abgeordneten werden von den Salzburgerinnen und Salzburgern alle 5 Jahre gewählt und vertreten die Salzburger Bevölkerung. Um zu wissen, welche Wünsche, Probleme und Anliegen die Salzburger und Salzburgerinnen haben, sind die Abgeordneten im ganzen Land unterwegs. Die meisten Abgeordneten haben auch einen anderen Beruf, denn es kann ja sein, dass sie nach 5 Jahren nicht mehr wiedergewählt werden. Dann müssen sie wieder in ihrem früheren Beruf arbeiten.

Materialien

1. Überlegt: Welche Aufgaben haben Politiker und Politikerinnen? Was wisst ihr über deren Aufgaben und Tätigkeiten? Sammelt eure Ideen schriftlich und stellt sie im Klassengespräch vor.
2. Lest nun den folgenden Tagesablauf einer (erfundenen) Abgeordneten des Salzburger Landtages.
3. Sammelt auf einem Plakat: Welche Aufgaben haben Salzburger Landespolitiker?
4. Diskutiert: Welche der Tätigkeiten und Aufgaben von Sofia L. findet ihr besonders wichtig? Einigt euch auf zwei Aufgaben und begründet eure Auswahl schriftlich. Stellt das Ergebnis eurer Diskussion im Klassengespräch vor.

Lesetext:

Ein Arbeitstag der (erfundenen) Salzburger Landtagsabgeordneten Sofia L.



7 Uhr Frau Abgeordnete Sofia L. liest beim Frühstück die wichtigen Tageszeitungen. Sie will sich darüber informieren, was die Zeitungen schreiben und über Themen, die die Menschen im Land Salzburg bewegen.



8 – 12 Uhr: Frau Sofia L. ist Buchhalterin. Bevor sie zur Abgeordneten gewählt wurde, hat sie diesen Beruf ganztags ausgeübt. Um ihre Arbeit als Abgeordnete ernsthaft machen zu können, arbeitet sie jetzt nur noch halbtags in ihrer Firma.



13 Uhr: Nach einem raschen Mittagessen ruft Sofia L. ihre E-Mails ab. Viele Menschen haben ihr geschrieben. Einige brauchen Hilfe, so z.B. findet eine Frau mit drei Kindern keine Wohnung. Andere wollen von Sofia L. Informationen. Die Abgeordnete beantwortet viele Mails selbst, andere leitet sie an die zuständigen Stellen weiter.



14 Uhr: Sofia L. möchte bei einer der nächsten Landtagssitzungen einen Antrag einbringen: Da in den vergangenen Monaten einige Menschen durch Hundebisse teilweise schwer verletzt wurden, soll nun ein Hundeführerschein eingeführt werden. Sofia L. erkundigt sich schon seit mehreren Tagen über dieses Thema: Wie machen das andere Bundesländer? Wie viele Menschen werden in Salzburg jedes Jahr von Hunden gebissen? Was sagen Experten und Expertinnen über sinnvolle Maßnahmen, um solche Unfälle zu vermeiden?



15 Uhr: Die Landtagsabgeordnete Sofia L. besucht regelmäßig Betriebe in Salzburg und erkundigt sich, wie es den Menschen dort geht. Heute steht eine Buchbinderei auf dem Plan. In diesem Betrieb arbeiten – mit dem Inhaber – sieben Menschen. In Handarbeit werden hier wunderschöne Bücher gebunden.



16 Uhr: Sofia L. hat eine Sprechstunde in einer Kleinstadt. Drei Salzburger und Salzburgerinnen haben bereits auf sie gewartet und wollen ihre Anliegen vorbringen. Anschließend spricht sie mit dem Bürgermeister der Stadt über anstehende Probleme. Danach hat sie noch kurz Zeit, um ihre Ansprache für den nächsten Termin vorzubereiten.



18 Uhr: Sofia L. wurde eingeladen, die österreichische Meisterschaft im Tennis für Menschen mit Behinderung mit einer Ansprache zu eröffnen. Nach einer kurzen Rede spricht sie mit teilnehmenden Sportlern und mit Zuschauerinnen.



19 Uhr: Als letzter Termin steht die Eröffnung einer Ausstellung auf dem Programm: Salzburger Künstlerinnen haben Bilder über Menschen in Salzburg geschaffen.

21.30 Uhr: Sofia L. kommt nachhause und fällt bald danach todmüde ins Bett. Am nächsten Morgen muss sie um 8 Uhr wieder an ihrem Arbeitsplatz sein.

2. Grundsätze demokratischer Wahlen

Volksschule

2.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Obwohl eine Partizipation der Schüler/innen gesetzlich erst ab der 5. Schulstufe (1. Klasse der Hauptschulen/Neuen Mittelschulen, der Sonderschulen und der AHS) in den Schulforen vorgesehen ist – und auch hier nur in beratender Funktion – ist es im Sinne der Demokratiebildung empfehlenswert, erste Erfahrungen und Wissen um das Funktionieren demokratischer Entscheidungsprozesse bereits in der Volksschule zu ermöglichen. Einen Anlass dafür könnte eine Beschäftigung mit dem Salzburger Landtag und hierbei mit den Wahlen zum Landtag bieten. In der Volksschule ist es hierbei unerlässlich, die Lebenswelt der Kinder einzubeziehen. Der didaktischen Reduktion muss es dabei gelingen, gesellschaftliche und damit politische Fragen auf einem basalen Niveau zu thematisieren, damit sich Schüler/innen zu selbstständigem Denken (und Handeln) eingeladen fühlen (Kühberger/Windischbauer 2010, 15).

In diesem Sinne werden im folgenden zwei Möglichkeiten vorgestellt, wie Schüler/innen der Volksschule aus Anlass der Thematisierung des Salzburger Landtages durch den Bezug zu ihrer unmittelbaren Lebenswelt in der Klasse Erfahrungen und Wissen zum Bereich „Wahlen“ sammeln können.

(A) Wahl von Klassensprecher/innen und (B) Wahl eines Schülerparlaments

Klassensprecher/innen und Schulsprecher/innen sind ab der 5. Schulstufe gesetzlich vorgesehen, einer Wahl in der Volksschule steht aber grundsätzlich nichts entgegen. In der Praxis wurden bereits Erfahrungen in ersten Klassen gesammelt, jedenfalls könnten solche Wahlen ab der 3. Schulstufe durchgeführt werden. Damit die Schüler/innen tatsächlich ihre Kompetenzen und ihr Wissen im Bereich der Demokratiebildung erweitern, ist es notwendig, die einzelnen Schritte des Wahlvorganges bewusst zu machen und nach demokratischen Grundsätzen zu gestalten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Vorbereitung und vorausgehende Information: Dazu wird zunächst ein Informationsblatt angeboten (S. 22), in dem die gesetzlich vorgesehenen Rechte von Klassensprechern/innen angeführt werden; die Schüler/innen sollen konkrete Beispiele finden, um den möglichen Wirkungsbereich der Klassensprecher/innen zu verdeutlichen.

Das Arbeitsblatt „Eigenschaften einer Klassensprecherin/eines Klassensprechers“ (S. 23) soll bewusst machen, dass eine Funktion bestimmte Kompetenzen und Eigenschaften erfordert. Damit wird auch der Gefahr entgegengewirkt, dass besonders dominante Schüler/innen, welche eher eine „Klassenkasperfunktion“ inne haben oder die Klasse aus unterschiedlichen Gründen dominieren, zu Klassensprechern/innen gewählt werden. In den „Tipps für Lehrer/innen“ (S. 24) sind wichtige Punkte zusammengefasst, die sicherstellen sollen, dass durch die Klassensprecherwahl tatsäch-

lich Demokratiebildung stattfindet und dass sie nicht zu einem sinnentleerten Ritual degradiert wird.

An Volksschulen wurden auch schon erfolgreiche Beispiele für die Wahl von Schülerparlamenten entwickelt (vgl. dazu Hämmerle/Seebacher 2009, 15-21). Dazu findet sich im Anhang eine Sammlung von Ideen für ein Schulprojekt „Schülerparlament“, das über einen längeren Zeitraum laufen sollte, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten wirklich erlebbar zu machen.

In der Folge der Klassensprecherwahl bzw. der Wahl eines Schülerparlaments sollte auch der Zusammenhang zu politischen Wahlen wie z.B. dem Gemeinderat oder eben zum Salzburger Landtag hergestellt werden. Hierzu können ausgewählte Materialien aus diesem Band für die Sekundarstufe I (z.B. Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen) herangezogen werden. Wie wichtig dieser Schritt ist, wurde aus Befragungen von Volksschüler/innen deutlich, die 2008/09 in Wien und Salzburg durchgeführt wurden. Hierbei konnten nur wenige der Erst- und Drittklässler/innen Aufgaben von Politikern/innen nennen oder angeben, wie diese legitimiert werden. So wurde u.a. vermutet, sie müssten vor Amtsantritt einen Test absolvieren oder viel Geld haben (vgl. Hofmann/ Windischbauer 2010, 73ff.).

Mögliche Fragen, um den Zusammenhang zu politischen Wahlen herzustellen

- Wie laufen Salzburger Landtagswahlen ab?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen einem Schülerparlament und dem Salzburger Landtag?
- Welche Aufgaben haben die Abgeordneten des Salzburger Landtages?
- Welche Eigenschaften und Fähigkeiten sollte eine Abgeordnete/ein Abgeordneter des Salzburger Landtages haben?

Da Partizipation auch mit der Verteilung von Macht zu tun hat und Bildungseinrichtungen an sich nach wie vor hierarchische Systeme sind, gibt es immer auch Vorbehalte und Einwände gegen den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten in Bildungsinstitutionen. Werden Kindern allerdings demokratische Räume – z.B. in Form der Wahl von Klassensprechern/innen oder Schulparlamenten – zugestanden, dürfen problematisch oder schwierig erscheinende Vorschläge der Kinder nicht einfach abgeschmettert werden, da dies im Hinblick auf Demokratiebildung kontraproduktiv wäre. Daher ist es unerlässlich, sich vor der Einführung partizipativer Foren und Strukturen darüber klar zu werden, in welchen Bereichen die Mitbestimmung der Kinder tatsächlich erwünscht ist und nur solche Bereiche auch wirklich für Mitbestimmung zu öffnen (vgl. Windischbauer 2011, 4ff.).

2.2. Hintergrundwissen

2.2.A Zur Wahl von Klassensprecher/innen¹

Im Falle einer Wahl von Klassensprechern/innen (ein/e Klassensprecher/in, ein/e Stellvertreter/in) ist darauf zu achten, dass die in Österreich geltenden demokratischen Wahlprinzipien berücksichtigt werden:

Demokratische Wahlprinzipien

Wahlen in Österreich sind ...

- frei (unbeeinflusst von anderen Menschen)
- gleich (jede Stimme zählt gleich viel)
- unmittelbar (die Personen/Parteien werden ohne Zwischenstufe, z.B. über Wahlmänner, gewählt)
- persönlich (die Stimme kann von niemand anderem abgegeben werden).

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Schüler/innen einer Klasse, wobei jedoch darauf hingewiesen werden sollte, dass bei Landtagswahlen Mitbürger/innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt sind. Überdies sollte in diesem Zusammenhang das in Österreich geltende aktive (16 Jahre) und passive Wahlalter (18 Jahre) zur Sprache kommen.

Die Funktionsperiode der Klassensprecher/innen dauert bis zur nächsten Wahl im folgenden Schuljahr. Im Falle des Ausscheidens eines Klassensprechers/einer Klassensprecherin sind Neuwahlen durchzuführen. Rechtzeitig vor der Wahl müssen die Wahlberechtigten die Möglichkeit haben, die Kandidaten/innen kennenzulernen.

Die Wahl ist mittels zur Verfügung gestellter Stimmzettel von gleicher Beschaffenheit und einheitlichem Format durchzuführen.

Zur Klassensprecherin/zum Klassensprecher gewählt ist, wer auf mehr als der Hälfte der Stimmzettel an erster Stelle gereiht wurde. Erreicht keine/r der Kandidaten/innen die erforderliche Mehrheit, ist zwischen den beiden Kandidaten/innen, die auf den meisten Stimmzetteln an erster Stelle gereiht wurden, eine Stichwahl durchzuführen.

Die Schülervertreter/innen haben laut Gesetz folgende Rechte:

- das Recht, ihre Anliegen vorzubringen
- das Recht auf Information über alle Angelegenheiten, die Schülerinnen und Schüler betreffen
- das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen
- das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichts im Rahmen des Lehrplans (Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte, Auswahl von Literatur und Medien, Anwendung bestimmter Arbeitsformen)
- das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel
- das Recht auf Mitgestaltung bei Vorhaben, die der politischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Bildung dienen, ihr soziales Verhalten entwickeln und ihren Neigungen entsprechende Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit betreffen

¹ BMUKK (Hg.): Informationsblätter zum Schulrecht. URL: www.bmukk.gv.at/schulen/recht/info/Sc_huldemokratie_und_Schu1625.xml [10.5.2012];

www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009600 [7.5.2012]

2.2.B Zum Schülerparlament

Schülerparlamente sind keine gesetzlich verankerten schuldemokratischen Einrichtungen, werden aber zunehmend an Schulen eingerichtet, welche sich demokratische Bildung als Schwerpunkt setzen. Bereits Volksschüler/innen können durch die Mitwirkung an Schülerparlamenten über Grundlagen parlamentarischer Strukturen informiert werden und diese im eigenen Tun erfahren. So können sie sich informieren über Repräsentation und Legitimation, indem sie nachdenken über Fähigkeiten, Tugenden, Rechte und Pflichten eines Klassensprechers, über die Aufgaben eines Schülerparlaments und anderer Parlamente oder über die Legitimation von gewählten Vertretern/innen. Sie können sich mit dem schwierigen Verhältnis zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse auseinandersetzen, wenn sie Verhaltensvereinbarungen mitbestimmen oder über die Frage der Repräsentativität reflektieren. Sie können das Mehrheitsprinzip in einer Demokratie hinterfragen, selbst das Vertreten der eigenen Meinung lernen usw. (Hämmerle/Seebacher 2009, 15-21)

Materialien

Wahl einer Klassensprecherin/eines Klassensprechers

Rechte einer Klassensprecherin/ eines Klassensprechers

Der Klassensprecher/die Klassensprecherin

- darf der Klassenlehrerin/dem Klassenlehrer oder der Direktorin/dem Direktor Wünsche und Probleme der Schüler und Schülerinnen mitteilen.
- darf Vorschläge und Meinungen zu Themen abgeben, welche die Schülerinnen und Schüler betreffen.
- muss vom Klassenlehrer/von der Klassenlehrerin über alle Angelegenheiten informiert werden, die die Schülerinnen und Schüler betreffen.
- darf bei der Gestaltung des Unterrichts mitsprechen, z.B. bei der Auswahl in inhaltlichen Schwerpunkten, bei der Auswahl von Unterrichtsmaterialien und Arbeitsformen. Dabei muss der Lehrplan berücksichtigt werden.
- darf bei der Gestaltung des Zusammenlebens in der Klasse, bei der Planung von Freizeitveranstaltungen und bei allen Vorhaben, die der politischen und kulturellen Bildung dienen, mitreden und mitgestalten.

Arbeitsaufgaben für Partnerarbeit

1. Lest die Rechte einer Klassensprecherin/eines Klassensprechers sorgfältig durch. Unterstreicht jene Punkte, die ihr nicht gut versteht und bittet die Lehrperson, euch diese Punkte zu erklären.
2. Sammelt zu jedem Punkt mindestens zwei ganz konkrete Beispiele für die Rechte eines Klassensprechers/einer Klassensprecherin, die in eurer Klasse bereits aufgetreten sind oder die auftreten könnten. Schreibt eure Beispiele auf und berichtet im anschließenden Klassengespräch darüber.

Eigenschaften einer Klassensprecherin/ eines Klassensprechers

Ein Klassensprecher/eine Klassensprecherin soll

- ... ehrlich sein.
- ... sich zu Lehrerinnen und Lehrern und zur Direktorin/zum Direktor etwas zu sagen getrauen.
- ... Streit schlichten.
- ... darauf achten, dass alle ruhig und gut arbeiten können.
- ... sich gut benehmen können.
- ... Gäste und Besucher/innen höflich empfangen können.
- ... die Rechte der Schüler/innen und der Lehrer/innen genau kennen.
- ... gut reden können.
- ... viele Freunde und Freundinnen haben.
- ... gerecht sein.

.....

(hier könnt ihr noch eine Aufgabe ergänzen, die euch wichtig erscheint)

Arbeitsaufgaben für Partnerarbeit

1. Lest die Eigenschaften einer Klassensprecherin/eines Klassensprechers sorgfältig durch. Findet noch eine oder mehrere Eigenschaften und schreibt sie dazu.
2. Wählt die drei Eigenschaften aus, die euch für einen Klassensprecher/eine Klassensprecherin am wichtigsten erscheinen und kreuzt diese an. Berichtet im Klassengespräch darüber.

Durchführung einer Klassensprecherwahl

1. Vorbereitung des Wahlganges

- Kandidaten/innen stellen sich und ihre Ziele vor.
- Wahlzettel (keine Schmierzettel, das würde die Bedeutung der Wahl infrage stellen) vorbereiten.
- Wahlurne (ev. verklebte Schachtel mit einem Schlitz für den Einwurf der Wahlzettel) bereit stellen.
- Möglichkeit zur geheimen Stimmabgabe (z.B. Flügel der Tafel auf klappen oder PIN-Wand aufstellen, hinter der geheim gewählt werden kann) bieten.

2. Durchführung der Wahl

- Darauf achten, dass die demokratischen Wahlprinzipien (freie, geheime, gleiche, unmittelbare Wahlen) befolgt werden.
- Eine Wahlkommission einrichten, welche die Stimmzettel ausgibt und darauf achtet, dass die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden.

3. Auszählung

Im Sinn der Demokratiebildung muss die Auszählung transparent erfolgen (am besten durch die Wahlkommission). Z.B. können alle Namen der Kandidaten/innen an die Tafel geschrieben werden und für jede Stimme wird ein Strich neben den Namen gemacht.

4. Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Die Wahlergebnisse werden an der Tafel veröffentlicht. Den nicht gewählten Kandidaten/innen wird für ihre Bereitschaft zur Kandidatur gedankt, denn nur dadurch wurde eine demokratische Wahl zwischen mehreren Bewerbern/innen erst möglich. Den gewählten Kandidaten/innen wird gratuliert.

Um die Bedeutung und den demokratischen Anspruch des Amtes zu unterstreichen sollten die Namen der Klassensprecher/innen und möglicherweise ihre Fotos am Schwarzen Brett der Schule veröffentlicht werden.

Auch eine Vorstellung der Klassensprecher/innen in der Schülerzeitung scheint sehr sinnvoll.

Schülerparlament – ein Schulprojekt²

„Schülerparlament“

- Die Schüler/innen der 3. und 4. Klassen wählen in geheimen Wahlen Klassensprecher/innen und Stellvertreter/innen.
- Die gewählten Vertreter/innen – die *Abgeordneten* – treffen sich ein Mal monatlich zum Schülerparlament, dessen Hauptaufgabe darin besteht, das Zusammenleben in der Schule zu fördern und dafür gemeinsam mit der Schulleitung Verhaltensvereinbarungen zu treffen. Gleichzeitig sollen die Schüler/innen über ihre Rolle als Klassenvertreter/innen reflektieren und lernen, andere Interessen sowie das Gemeinwohl zu berücksichtigen.
- Die nicht am Parlament teilnehmenden Schüler/innen werden mittels Fragebögen in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen.
- Die *Abgeordneten des Schülerparlaments* wählen Vertreter/innen (in Anlehnung an die Landesräte werden diese z.B. Schulräte genannt) für die einzelnen Bereiche wie z.B. Soziales, Sport und Gesundheit, Wirtschaft, Bildung, Kunst und Kultur (es sollte sich um Bereiche handeln, in denen im Sinne der Schulgemeinschaft wirklich agiert werden kann). Die Kinder können sich nach ihren Interessenschwerpunkten freiwillig bewerben, wollen sie nicht selbst Schulräte werden, können sie am Team eines Schulrates/ einer Schulrätin teilnehmen oder werden Berater/innen.
- Voraussetzung für ein erfolgreiches Schülerparlament ist ein gewisser Gestaltungsspielraum der Kinder in Absprache mit der Schulleitung. Die Kinder sind erfahrungsgemäß sehr motiviert und wollen ihre Ideen umsetzen bzw. sprechen sehr deutlich Probleme in der Schule an. Um die Gefahr der Frustration zu vermeiden, muss zumindest Verhandlungsbereitschaft der Direktion darüber bestehen. Die konkreten Handlungsmöglichkeiten müssen diesbezüglich den Kindern klar mitgeteilt werden.
- In der Folge wäre es sinnvoll, den Besuch einer/eines Landtagsabgeordneten an der Schule oder einen Besuch des Landtages einzuplanen (siehe dazu das Kapitel „Erkundung“; hierbei sei darauf aufmerksam gemacht, dass für die Volksschule allerdings lediglich ein Besuch mit Expertengespräch zu empfehlen ist, von einem Besuch einer Landtagssitzung ist aus Gründen einer möglichen Überforderung der Schüler/innen abzuraten).

² Diese in Hinblick auf den Landtag adaptierten Ideen beruhen auf einem Projekt, das von Kathrin Hämmerle und Felicitas Seebacher an einer Volksschule in Kärnten durchgeführt worden ist (Hämmerle/Seebacher 2009, 15-22)

3. Ebenen der Politik

Volksschule und Sekundarstufe I

3.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Um Schülern/innen in der Volksschule die verschiedenen Ebenen der Politik zu verdeutlichen, ist es sinnvoll, eine Realbegegnung mit dem Stadt- oder Gemeinderat als Ort der lokalen Entscheidungen oder mit Landtagsabgeordneten herzustellen, da hier der unmittelbare Lebensweltbezug in höherem Ausmaß gegeben ist. Eine hier angebotene Möglichkeit um über die Aufgaben der Gemeinde/des Landes mit den Lernenden ins Gespräch zu kommen, sind „Expertenbefragungen“. Durch die direkte Begegnung mit Gemeinderäten/innen oder Landtagsabgeordneten wird Politik nicht als abstrakt und fremd wahrgenommen, sondern als von Menschen gemacht.

Solche Befragungen eignen sich besonders, um zu klären, was Politiker/innen arbeiten und welche politischen Probleme in der Gemeinde/im Land geregelt werden. Ein Leitfaden versucht hier Strukturierungshilfen für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von „Expertenbefragungen“ zu geben (vgl. Sperling et al. 2007, 43).

Aber auch die darüber liegenden politischen Ebenen gilt es zu beachten und vor allem hinsichtlich der jeweiligen Aufgabenbereiche vorzustellen. Die Schüler/innen benötigen dazu Grundkenntnisse in der Unterscheidung zwischen Gemeinde/Stadt, Bundesland, Staat und Europäische Union.

Um in der Volksschule und in der Sekundarstufe I ein Grundverständnis für diese politischen Ebenen zu erreichen, wurden hier die eigentlich vorhandenen Verstrickungen zwischen den Ebenen didaktisch reduziert und das Ebenensystem zwischen Gemeinden, Land, Bund und EU in den Mittelpunkt gestellt, um damit die grundlegende Verortung des Landtags zwischen lokaler und nationaler Politik vornehmen zu können. Durch Beispiele aus der Lebenswelt der Kinder soll ein zusätzlicher Zugang gelegt werden.

3.2. Hintergrundwissen

Politik versucht rechtlich verbindliche Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben zu finden. Dies geschieht in Österreich auf verschiedenen Ebenen. Die wichtigsten politischen Entscheidungen werden dabei einerseits auf der Ebene der Europäischen Union (u.a. Währungs-, Agrar-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik) getroffen, aber auch auf nationaler Ebene durch den Nationalrat und die Bundesregierung. Aber auch auf den darunter liegenden Ebenen, in den Bundesländern (Landtage und Landesregierungen) und in den Gemeinden (Gemeindevertretungen und Bürgermeister/innen) wird politisch gehandelt (Dachs et al. 2005, 38). Die Aufgaben der unterschiedlichen Ebenen sind dabei teilweise verstrickt und teilweise klar einer Ebene zugeordnet (vgl. Abb.3.2.).

Abb.3.2.: Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (leicht verändert nach: Dachs et al. 2005, 42)

Materien (Auswahl)	<p>Bund Gesetzgebung</p>  <p>Bund Vollziehung</p>	<p>Bund Gesetzgebung</p>  <p>Land Vollziehung</p>	<p>Bund Grundsatzge- setzung</p>  <p>Land Ausführungs- gesetzgebung und Vollziehung</p>	<p>Land Gesetzgebung</p>  <p>Land Vollziehung</p>	<p>Gemeinde (eigener Wirkungs- bereich)</p>
		<p>Äußere Angelegenheiten, Einwanderung, Geld- und Bankwesen, Gewerbe und Industrie, Zivil- und Strafrechtswesen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, Kraftfahr- und Postwesen, Berg- und Forstwesen, Wasserrecht, Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Arbeitsrecht, militärische Angelegenheiten, Universitäten und mittlere Schulen, Lehrpläne für Schulen</p>	<p>Staatsbürgerschaftsrecht, Straßenpolizei, Umweltverträglichkeitsprüfung, Dienstrecht für Lehrer/innen in öffentlichen Pflichtschulen</p>	<p>Armenwesen (= Sozialhilfe), Heil- und Pflegeanstalten, Jugendfürsorge, Bodenreform, Pflanzenschutz, Teile des Elektrizitätswesens, land- und forstwirtschaftliches Arbeiter- und Angestelltenrecht, Einrichtung und Organisation der öffentlichen Pflichtschulen, Bestellung der Landes- und Bezirksschulräte</p>	<p>Gemeinderecht, Baurecht, Wohnbauförderung, Raumordnung, Grundverkehr, Fremdenverkehr, Naturschutz, Jagd und Fischerei, Sport, Jugendschutz, Kindergarten- und Hortwesen, land- und forstwirtschaftliches Schulwesen</p>

Material

Eine Expertenbefragung durchführen

Was machen Politiker/innen in eurer Gemeinde? Was regeln sie? Welche Aufgaben nehmen sie wahr? Um diese Fragen zu beantworten, kann man eine Befragung mit Gemeinderäten/innen durchführen. Sie sind Experten/innen dafür, wie man das Zusammenleben in der Gemeinde regelt. Um mit ihnen ein Gespräch zu führen, kann man die Politiker/innen in die Schule einladen oder sie in ihren Büros besuchen.

Kontaktaufnahme

- Nehmt Kontakt zu Gemeinderäten/innen auf (Anruf, E-Mail, Brief etc.). Fragt sie, ob sie für eine Befragung Zeit hätten.
- Klärt ab, wo und wann die Befragung stattfinden soll.
- Teilt mit, welche Themen ihr besprechen möchtet.

Vorbereitung der Befragung

- Bereitet Fragen vor, die ihr den Politikern/innen stellen möchtet. Schreibt dazu eure Fragen auf Kärtchen und sammelt sie – z.B.

Mit welchen Problemen sind Sie am häufigsten in der Gemeinde befasst?

Woher kommt das Geld für den neuen Kindergarten?

Wie wird man Gemeinderätin?

Durchführung

- Wählt nun jene Fragen aus, die ihr stellen möchtet.
- Legt fest, wer die Frage stellen wird.
- Überlegt euch, wie ihr die Antworten festhalten möchtet (z.B. Tonaufnahme oder Anfertigen von Notizen).
- Am Beginn solltet ihr eine Begrüßung vorbereiten und nochmals den Grund der Befragung nennen.
- Falls ihr bei den Antworten etwas nicht versteht, fragt einfach nach.
- Am Ende solltet ihr euch für die Möglichkeit des Gesprächs und der Befragung bedanken.

Auswertung

- Erstellt nach der Befragung Plakate mit den Ergebnissen. Habt ihr nun neue Fragen? Schreibt diese auf. Vielleicht ist es ja auch sinnvoll, noch eine zusätzliche Nachfrage per E-Mail an den Politiker/die Politikerin zu stellen.

Politik auf verschiedenen Ebenen

Politik wird in Österreich auf verschiedenen Ebenen gemacht. Es geht dabei vor allem um das Vereinbaren von Gesetzen für das Zusammenleben der Menschen.

<p>EU</p>		<p>Ebene der Europäischen Union Auf europäischer Ebene arbeiten verschiedene Staaten zusammen, um politische Fragen der Landwirtschaft, des Handels oder der äußeren Sicherheit (z.B. EU-Außengrenzen) zu regeln.</p>
<p>Bund</p>		<p>Bundesebene Dinge, die österreichweit gelten, werden auf Bundesebene geregelt. Dazu zählen das Strafrecht, Verträge mit anderen Ländern, militärische Angelegenheiten uvm.</p>
<p>Land</p>		<p>Landesebene Einige Dinge des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden auf Landesebene geregelt. Jedes Bundesland hat dafür einen Landtag. Der Landtag ist ein Landesparlament, das Gesetze (Landesgesetze) beschließen kann. Diese Gesetze regeln zum Beispiel den Jugendschutz, den Fremdenverkehr, das Baurecht uvm.</p>
<p>Ge- meinde</p>		<p>Gemeindeebene Dinge, die unser direktes Zusammenleben regeln, werden von der Gemeinde organisiert. So kümmert sich die Gemeinde um den Bau und die Erhaltung von Krankenhäusern oder Kindergärten. Die Gemeinde ist die kleinste politische Einheit und ist auf der untersten Ebene der Politik angesiedelt.</p>

Was hat das mit mir zu tun?

Politik betrifft auch mich, ...

... wenn meine Familie ein Haus bauen möchte, muss die Gemeinde dazu ihre Zustimmung erteilen.

... wenn ich als Kind am Abend alleine auf der Straße bin, regelt ein Landesgesetz, bis wann ich das darf.

... was ich in der Schule lernen soll, ist für alle Kinder in Österreich gleich. Es wird in Lehrplänen auf Bundesebene geregelt.

... wenn ich die Länder der Europäischen Union (EU) verlasse, werde ich überprüft (Passkontrolle). Ich werde aber nicht zwischen Österreich und Deutschland kontrolliert. Dies wurde in Verträgen auf europäischer Ebene in der EU geregelt.



4. Erkundung vor Ort: Der Salzburger Landtag

Sekundarstufe I und II

4.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Unter einer Erkundung versteht man eine geplante, methodisch vorbereitete Realbegegnung. Dies erfordert das Verlassen des Klassenzimmers und der Schule mit dem Ziel der Beschaffung von Informationen am Erkundungsort. Die Lernenden sollen an einem außerschulischen Lernort untereinander und mit Experten/innen vor Ort in forschender Absicht interagieren und kommunizieren. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass außerschulische Lernorte nicht per se anschaulicher sind, sie können auch verwirrend oder missverständlich sein. So z.B. ist der Salzburger Landtag kein Redeparlament, wirkliche Debatten finden in den Ausschüssen statt – dies kann bei den Schülern/innen bei fehlender Vorbereitung durchaus zu falschen Eindrücken führen („Da wird eh nichts besprochen.“). Ohne entsprechende Vor- und Nachbereitung kann eine Erkundung zu Aktionismus verkommen (Reeken 2004).

Eine Erkundung eines Parlaments – und somit auch des Salzburger Landtages – ist Teil des institutionenkundlichen Lernens, da sie eine bewusste Vermittlung von Kenntnissen über gesellschaftliche und politische Institutionen zum Ziel hat. Funktionen und Arbeitsweisen der politischen Institutionen sollen vermittelt, eine mögliche Distanz der Jugendlichen zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie verringert werden (Reeken 2004).

Lehrer/innen können mit ihren Schülern/innen im Salzburger Landtag folgende Erkundungen durchführen:

- Besuch einer Plenarsitzung des Salzburger Landtages
- Besuch einer Ausschusssitzung
- Führung durch Plenarsaal und Ausschusssitzung mit Expertengespräch

Will eine Schulklasse eine Sitzung des Landtages besuchen, so können die Schüler/innen im hinteren Teil des Sitzungssaales bei den Besuchern/innen Platz nehmen. Wird eine Ausschusssitzung besucht, in der – anders als bei Landtagssitzungen, bei denen v.a. vorbereitete Statements der Abgeordneten abgegeben werden – teilweise spontane Wortmeldungen und Diskussionen stattfinden, so können die Schüler/innen aus Platzgründen nicht im Ausschusssitzungszimmer teilnehmen, sondern müssen die Video-Übertragung im Landtagssitzungssaal mitverfolgen.

Sowohl für Ausschusssitzungen als auch für Landtagssitzungen empfiehlt es sich, vorher die Tagesordnung abzurufen, welche auf der Homepage des Landes Salzburg (www.salzburg.gv.at/landtag) veröffentlicht wird, genauso wie der Sitzungsplan. Denn es scheint sinnvoll, Besuche dann durchzuführen, wenn Themen debattiert werden, welchen die Schüler/innen folgen können und die sie möglicherweise auch interessieren, oder die vorher im Unterricht vorbereitet wurden.

Um Frustrationen bei den Schülern/innen über den ritualisierten Ablauf einer Landtagssitzung zu vermeiden, sollte schon vor dem Besuch einer Landtagssitzung vermittelt werden, dass die Entscheidungen bereits vorher in den Ausschusssitzungen gefallen sind und dass es bei der Landtagssitzung im wesentlichen darum geht, die Parteimeinungen zu *veröffentlichen* und die *Abstimmungen durchzuführen*. Insgesamt ist ein Besuch der Sitzung eines Landtages oder eines Ausschusses wohl kaum vor der 8. Schulstufe zu empfehlen, da jüngere Schüler/innen den Debatten und Ritualen vermutlich nur sehr eingeschränkt folgen können.

Zum Verständnis des Ablaufes wäre es wichtig, sich vorher zu überlegen, wie die Schüler/innen davon informiert werden, wer gerade spricht und welcher Partei diese/r Mandatar/in angehört. Zur Vorbereitung wird bei den Materialien eine Sitzordnung angeboten.

Die Durchführung einer Erkundung vor Ort erfordert von den Schülern/innen eine Reihe von methodischen Kompetenzen, wie z.B. gezieltes Beobachten, das Führen eines Interviews, das Protokollieren von Erfahrungen und Erkenntnissen, das Dokumentieren von Beobachtungen in Form von Skizzen, Fotos, Audio- oder Videoaufzeichnung usw. (Reeken 2004). Um das gezielte Beobachten zu fördern, erhalten die Schüler/innen im vorliegenden Beispiel zu Beginn der Erkundung vor Ort den Auftrag, in Partnerarbeit ein Beobachtungsprotokoll zu führen. Können Schüler/innen der Sekundarstufe II diese Aufgabe möglicherweise ohne konkretere Vorgaben lösen, so ist es zu empfehlen, Schülern/innen der Sekundarstufe I einen Raster zur Verfügung zu stellen, um deutlich zu machen, worauf ihr Blick gelenkt werden soll (siehe Materialien).

Neben dem Besuch von Plenar- und Ausschusssitzungen bietet der Salzburger Landtag auch Führungen im Plenarsaal und die Vermittlung von Informationen durch Abgeordnete und Experten/innen an. Diese sind auch für jüngere Schüler/innen – durchaus auch schon im Volksschulalter – geeignet. In diesem Fall scheint es sinnvoll, dass die Schüler/innen bereits im Vorfeld Fragen an diese Experten/innen sammeln (siehe Materialien). Darüber hinaus muss beim Landtagsbesuch jedoch genug Freiraum bleiben, damit die Schüler/innen auch spontane Fragen stellen können.

Die Anmeldung für alle drei Möglichkeiten einer Erkundung erfolgt über:

Landtagsdirektion Tel.: ++43(0)662/8042-2238.

4.2. Hintergrundwissen

Das erforderliche Hintergrundwissen ist im Kapitel „Der Salzburger Landtag – ein Überblick“ in diesem Band zu finden.

Weitere Hinweise zur Vorbereitung eines Landtagsbesuches

- Landtagsvideo: www.salzburg.gv.at/pol/landtag/landtagsvideo-2.htm (ca. 9 Minuten)
- Homepage des Salzburger Landtages: www.salzburg.gv.at/landtag (Informationen über die Personen, über Sitzungen, Tagesordnungen, Klubs, Gesetzesbeschlüsse usw.)
- Die Ausschuss- und Landtagssitzungen werden auch in Form eines Livestreams übertragen: www.ustream.tv/channel/salzbürgerlandtaglive
- Jugendwebsite des Salzburger Landtages: www.jularockt.at

Material

Erkundungen bestehen in der Regel aus den drei Phasen a) Vorbereitung, b) Durchführung und c) Nachbereitung. Im Folgenden werden zu jeder dieser Phasen Unterrichtsmaterialien angeboten, welche im Unterricht – auch unabhängig voneinander – eingesetzt werden können. Manche dieser Materialien eignen sich eher für die Sekundarstufe I, manche eher für die Sekundarstufe II – die Auswahl erfolgt entsprechend dem Leistungsniveau der Schüler/innen durch die Lehrpersonen.

a) Vorbereitung

Arbeitsblatt: Zur Orientierung im Salzburger Landtag (mit Sitzordnung)

Arbeitsblatt: Der Salzburger Landtag und seine Gremien (mit Erklärungen)

Arbeitsblatt: Gesetzgebungsverfahren im Salzburger Landtag

Arbeitsblatt: Ermittlung von Fragen an Experten/innen durch Brainwriting mit Hilfe der 6-3-5-Methode

b) Durchführung der Erkundung

Beobachtungsprotokoll der Erkundung des Salzburger Landtages

c) Nachbereitung

Arbeitsblatt: Nachbereitung der Erkundung des Salzburger Landtages:

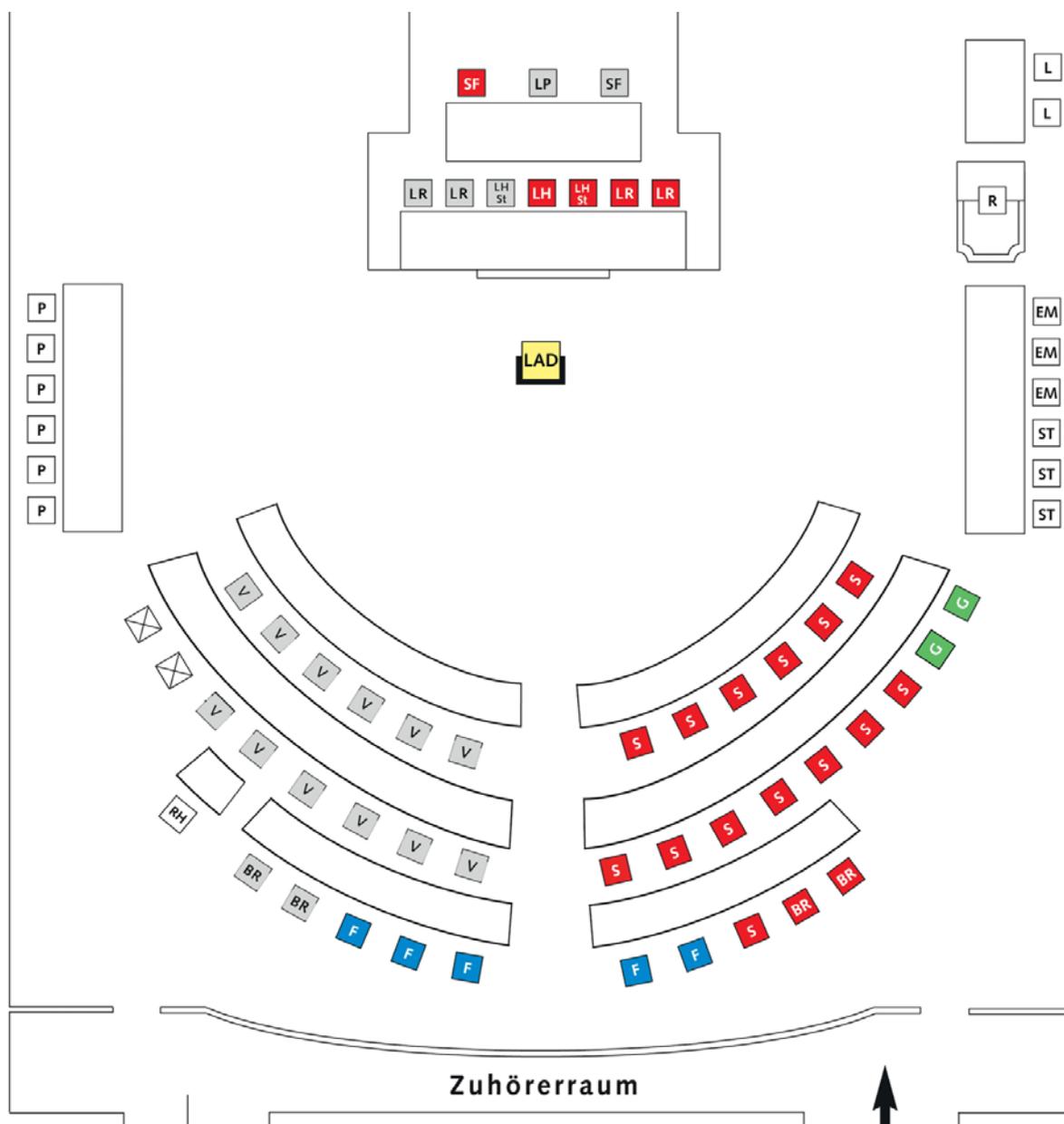
Eine Bildreportage anfertigen

Zur Orientierung im Salzburger Landtag

Arbeitsauftrag für Einzel- oder Partnerarbeit

Bei eurem Besuch der Landtagssitzung solltet ihr euch orientieren können, um zu wissen, wer gerade spricht, welche Funktion er/sie inne hat und welcher Partei er/sie angehört. Nehmt die Sitzordnung des Salzburger Landtages. Recherchiert (z.B. im Internet) welchen Parteien die Abgeordneten angehören und ergänzt diese Information auf dem Arbeitsblatt.

Salzburger Landtag Skizze 1



Zeichenerklärung:

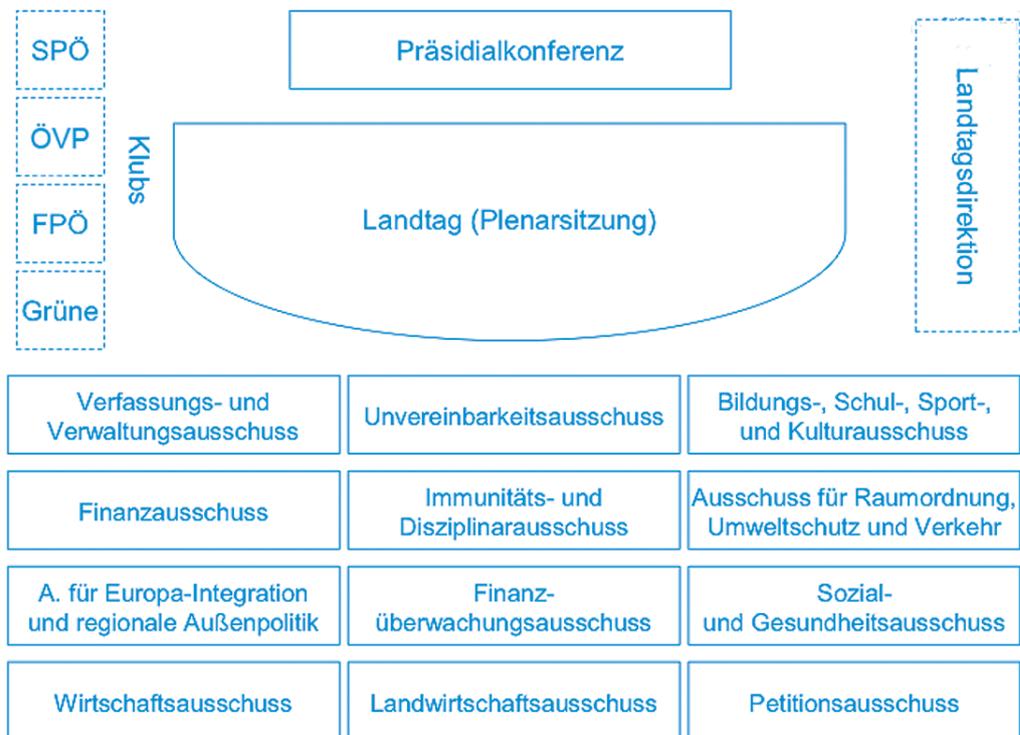
LP = Landtagspräsident, SF = Schriftführer, LH = Landeshauptfrau, LH St = Landeshauptmann-Stellvertreter, LR = Landesrat, LAD = Landesamtsdirektor, S = Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), V = Österreichische Volkspartei (ÖVP), F = Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), G = Grüne, L = Legislativ- und Verfassungsdienst und Landtagsdirektion, R = Rednertribüne, EM = Elektronische Medien, ST = Stenographen, P = Presse, BR = Bundesräte, RH = Direktor des Landesrechnungshofes

Der Salzburger Landtag und seine Gremien³

Arbeitsblatt

Arbeitsaufträge für Partnerarbeit

- Betrachtet die Grafik genau und lest euch die Erklärungen durch. Besprecht nun gemeinsam die Aufgaben der Präsidialkonferenz, Plenarsitzung, Ausschüsse, Landtagsdirektion und Klubs. Schreibt eure Fragen, die dabei offen bleiben, auf und stellt sie der Lehrperson oder recherchiert im Internet.
- Wählt mindestens drei Ausschüsse aus und recherchiert im Internet (www.salzburg.gv.at/pol/landtag.htm), wofür diese Ausschüsse zuständig sind.



³ Hörmandinger, Josef:
unveröffentlichte PPP-Präsentation

Erklärungen ⁴

Salzburger Landtag

Er ist für die Gesetzgebung des Landes Salzburg zuständig und überwacht deren Ausführung. Der Landtag bestellt als Landesparlament die Landesregierung und wählt seine Vertreter/innen im Bundesrat. Darüber hinaus wählt er den Präsidenten/die Präsidentin des Landtages und die zwei Stellvertreter/innen. Der Landtag ist für die Kontrolle der Landesregierung zuständig.

Der Salzburger Landtag besteht aus 36 Abgeordneten, die für die Dauer von 5 Jahren gewählt werden.

Salzburger Landesregierung

Sie besteht aus der Landeshauptfrau/dem Landeshauptmann, zwei Stellvertreter/innen und den Landesräten/innen.

Präsidialkonferenz

Sie besteht aus

- dem Landtagspräsidenten/der Landtagspräsidentin
- den zwei Stellvertretern/innen
- den Vorsitzenden der Landtagsparteien (= Parteien mit Sitzen im Landtag)
- beratende Stimme: Landtagsdirektor/in u.a.

Die Aufgaben der *Präsidialkonferenz* bestehen in der Erstellung der Tagesordnung der Landtagssitzungen, der Reihung der mündlichen Anfragen und der Festlegung des Themas der aktuellen Stunde.

Plenarsitzung

Darunter versteht man die Sitzungen des Salzburger Landtages. Die Abgeordneten können hier Fragen an die Landesregierung stellen. Soll ein Gesetz verändert oder neu beschlossen werden, so muss im Landtag ein Antrag eingebracht werden, über den abgestimmt wird.

Ausschüsse

Zu bestimmten Themen wurden Ausschüsse gebildet, z.B. Sozial- und Gesundheitsausschuss, Finanzausschuss. Ihre Aufgabe besteht darin, Beschlüsse zu schwierigen und umfangreichen Themen vorzubereiten. Diese bilden die Grundlage für die Beschlüsse, die in der Plenarsitzung gefasst werden.

Landtagsdirektion

Die Landtagsdirektion unterstützt den Präsidenten des Landtages und die Präsidialkonferenz bei den organisatorischen Vorbereitungen und sorgt dafür, dass Stenographen/innen alles, was auf den Sitzungen des Landtages gesprochen wird, mitschreiben. Die Landtagsdirektion wird geleitet vom Landtagsdirektor/der Landtagsdirektorin.

Klubs

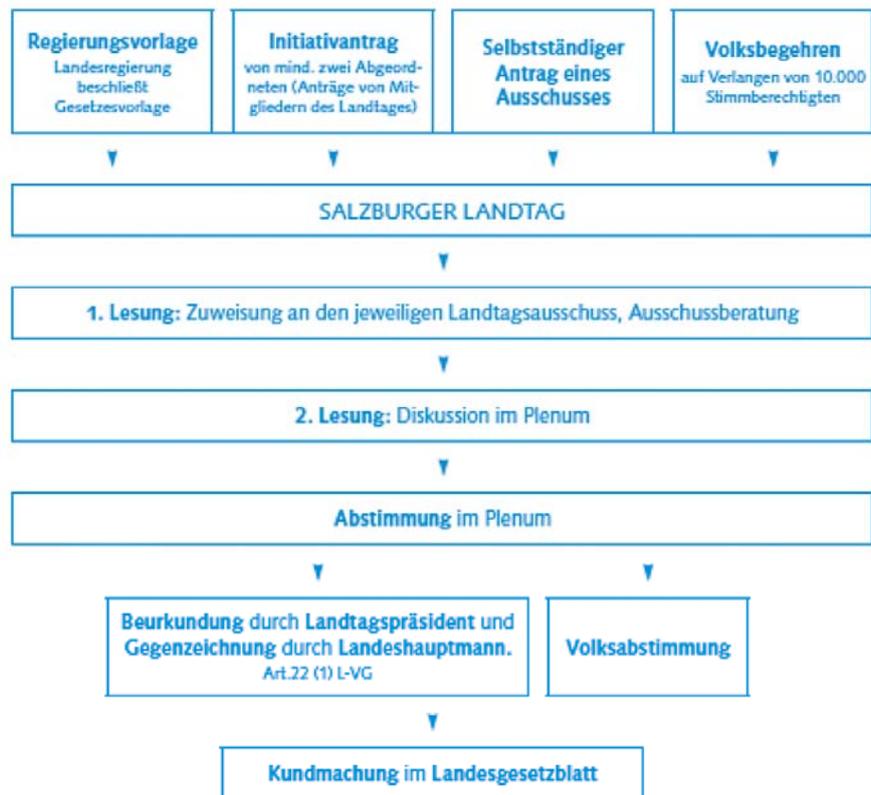
Die Abgeordneten einer Partei, die sich im Landtag zusammenschließen, bezeichnet man als Fraktion. Verfügt eine Partei über mehr als zwei Mitglieder, bildet sie einen Klub und hat damit das Recht auf Räume, Geld, Mitarbeiter/innen und Stimmrecht in den Ausschüssen.

⁴ Mittermayr, Wolfgang:
Politik im Wandel. Der Landtag und die Arbeit seiner Ausschüsse vor und nach Abschaffung des Regierungsproporztes. Salzburg, 2009 (= Schriftenreihe des Landespressebüros), S. 36ff.

Gesetzgebungsverfahren im Salzburger Landtag⁵

Arbeitsaufträge für Partnerarbeit

- Lest die Grafik genau. Skizziert anschließend mit Hilfe dieser Grafik mindestens zwei unterschiedliche Wege, wie in Salzburg Gesetze zustande kommen können.
- Stellt euren Mitschülern/innen die Ergebnisse vor und diskutiert über die unterschiedlichen Wege.



Ermittlung von Fragen an Experten/innen durch Brainwriting mit Hilfe der 6-3-5-Methode

Arbeitsauftrag für Gruppenarbeit

- Jede Gruppe besteht aus **6** Teilnehmern/innen. Jede/r erhält das Arbeitsblatt „Fragen an Experten/innen im Landtag“ und schreibt in der ersten Zeile 3 Fragen an die Experten/innen (je Spalte eine).
- Jedes Blatt wird nach **5** Minuten von allen gleichzeitig, im Uhrzeigersinn weitergereicht. Der/die Nächste soll versuchen, die bereits formulierten Fragen aufzugreifen, zu ergänzen und/oder weiterzuentwickeln oder neue Fragen zu formulieren.

⁵ Mittermayr, Wolfgang:
Politik im Wandel. Der Landtag und die Arbeit seiner Ausschüsse vor und nach Abschaffung des Regierungsproporz. Salzburg, 2009 (= Schriftenreihe des Landespressebüros), S. 32

Beobachtungsprotokoll der Erkundung des Salzburger Landtages (Partnerarbeit)

Namen der Schüler/innen: _____

**Das haben wir
bisher nicht
gewusst:**

**Das interessiert
uns besonders:**

Das gefällt uns:

Das ärgert uns:

**Das haben wir
nicht verstanden:**

Weitere mögliche Aufträge für die Erkundungsphase

- Einige Schüler/innen werden damit beauftragt, Fotos für eine später zu erstellende Fotodokumentation zu machen.
- Einige Schüler/innen werden beauftragt, Kurzvideos der Erkundung zu machen.
- Einige Schüler/innen fassen die Inhalte in Stichworten zusammen.

Eine Bildreportage anfertigen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2012)

Arbeitsaufträge für Gruppenarbeit

1. Lest eure Beobachtungsprotokolle vor, vergleicht eure Ergebnisse und besprecht jene Punkte, die euch besonders wichtig/interessant erscheinen.
2. Sammelt eure Eindrücke und haltet sie schriftlich fest: Wurden die während der Vorbereitung gesammelten Fragen beantwortet? Blieben Fragen offen? Stellen sich nun neue Fragen? Sammelt diese Fragen und versucht sie zu klären (Lehrperson fragen, Recherche).
3. Gestaltet eine Bildreportage zum Thema „Erkundung des Salzburger Landtags“: Verwendet dazu eure Beobachtungsprotokolle und die von euch gemachten Fotos. Eine Bildreportage besteht aus Bildern und Texten.
4. Präsentiert eure Bildreportage vor der Klasse.

5. Selbstdarstellung der im Salzburger Landtag vertretenen Parteien

Sekundarstufe I

5.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Die folgenden Unterrichtsmaterialien beruhen auf Aussagen von Vertretern/innen der im Salzburger Landtag vertretenen Parteien, welche sie aufgrund einer Anfrage von Schülern/innen der Bundeshandelsakademie Salzburg II, die als Maturaprojekt eine Jugendhomepage des Landes erstellten (www.jularockt.at), in schriftlicher Form zur Verfügung stellten.

Die Schüler/innen gaben neben den Fragen auch die Zahl der Zeichen vor, welche bei den Antworten nicht überschritten werden durften und baten um eine jugendgerechte Sprache. Somit liegen hier Texte vor, die aufgrund einheitlicher Vorinformation und Vorgaben gut vergleichbar sind. Dies entlastet Lehrer/innen, die – wenn sie selbst passende Texte von Parteien suchen – oftmals vor dem Problem stehen, dass jede Kürzung oder Vereinfachung der Texte als Manipulation aufgefasst werden könnte.

Da Gespräche über Parteien mit der Lehrperson von Schülern/innen auch als Kontrolle empfunden werden könnten, wurde für die folgenden Aufgaben die Form der Gruppenarbeit gewählt, da die Schüler/innen in diesem Setting die Fragen – unbeobachtet von der Lehrperson – mit den Gleichaltrigen diskutieren können. Lediglich die letzte Frage zu den persönlichen Einschätzungen der Stellungnahmen der Vertreter/innen der Parteien wird nach der Gruppenphase im Plenum diskutiert.

5.2. Hintergrundwissen

Die Schüler/innen sollten wissen, welche Parteien im Salzburger Landtag vertreten sind. Weiteres Vorwissen ist nicht nötig, da die Vertreter/innen der Parteien in ihren Stellungnahmen die nötigen Informationen liefern. Sinnvoll wäre es jedoch, nach der Lösung der folgenden Aufgaben mit den Schülern/innen noch vertiefend zu den Parteien zu arbeiten. So könnten z.B. Teile der Parteiprogramme gelesen und verglichen werden. Allerdings muss hierbei darauf hingewiesen werden, dass Parteiprogramme keine besonders spannende Lektüre und oftmals in sehr anspruchsvoller Sprache formuliert sind. Darüber hinaus sind sie sehr umfangreich – daher auch die Einschränkung, dass höchstens Teile davon gelesen werden können.

Materialien

2012 haben Schüler/innen der Bundeshandelsakademie Salzburg II eine Jugendhomepage für das Land Salzburg erstellt. Dafür haben sie Vertretern und Vertreterinnen der im Landtag vertretenen Parteien u.a. folgende Fragen gestellt.

SPÖ



Niki Solarz

ÖVP



Waltraud Ebner

FPÖ



Lukas Essl

Grüne



Cyriak Schwaighofer

Stellen Sie bitte kurz die Prinzipien und Interessen Ihrer Partei vor.

Die SPÖ ist in Salzburg die Partei der Modernisierung, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Das bedeutet einerseits das Lösen zentraler Zukunftsfragen: Wie gehen wir mit den Ressourcen um? Welche Schritte setzen wir, um unseren Kindern und Jugendlichen die beste Bildung mit auf den Weg zu geben? Andererseits ist es uns ein Anliegen, uns für die Schwächsten einzusetzen, die nicht das Glück hatten, auf der Butterseite des Lebens gelandet zu sein. Wir wollen die gleichen Startchancen für alle!

Für die ÖVP ist wichtig, dass jeder Mensch eine faire Chance erhält, etwas aus seinem Leben zu machen. Ein zentrales Anliegen ist uns daher z.B. ein funktionierendes und modernes Schulsystem, das aus unterschiedlichen Schulformen besteht, weil unterschiedliche Talente unterschiedlich gefördert werden müssen. Wichtig sind uns weiters auch die Familien, als wichtigste Keimzelle der Gesellschaft und eine Gesellschaft, die auf Eigenverantwortung und der Möglichkeit nach Selbstverwirklichung basiert.

Die FPÖ versteht sich als soziale Heimatpartei. Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind der Maßstab für unser Handeln. Unter dem Motto „Österreich zuerst“ ist die FPÖ eine soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft. Die FPÖ tritt für soziale Gerechtigkeit sowie für den Schutz unserer Heimat und die Bewahrung unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit ein und bekennt sich zu den Prinzipien der Marktwirtschaft.

Das Ziel Grüner Politik – die „Grüne Vision“ – ist eine solidarische Gesellschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt. Den Weg dorthin wollen wir auf Basis der Grünen Grundwerte beschreiten, die da heißen: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch. Diese Werte bestimmen maßgeblich Grüne Politik.

Was machen Sie für die Jugend in Salzburg und was haben Sie in Salzburg bisher für die Jugend verändert?

Die SPÖ hat in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen für die Jugend umgesetzt, wie zum Beispiel:

- Im Bildungsbereich zahlreiche Investitionen in Schulgebäude und deren Errichtung, sowie die Initiative, eine Webseite zum Zwecke der Erklärung der politischen Arbeit im Land Salzburg zu erstellen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Jugendlichen
- Im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich die Yellow Lounge, Midnightsports & Music, die Verdoppelung der Jugendsportförderung;
- Im Lehrlingsbereich die laufende Sanierung und den Ausbau der zwölf Berufsschulen des Landes, der Internate und der Lehrwerkstätten;
- Im Wohnbereich die Errichtung von knapp 600 StudentInnenheimplätzen.

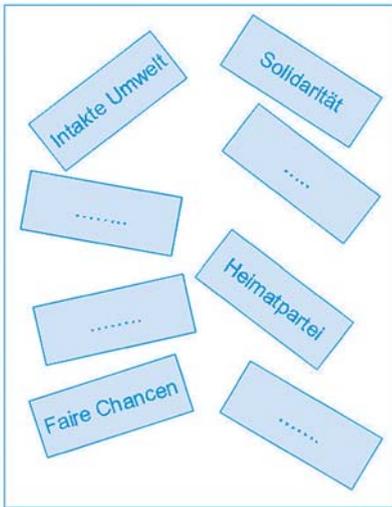
Es ist mir ein Anliegen, der Jugend in der Politik und im Landtag eine Stimme zu geben. Ich bin viel im Land unterwegs, um Anregungen und Wünsche der Jugendlichen aufzunehmen und versuche dann, gemeinsam mit dem ÖVP-Regierungsteam und meinen Kolleginnen und Kollegen im Landtag diese auch umzusetzen. Wir konnten hier auch schon einiges bewirken, wenn ich beispielsweise an die Einführung der Jugendkarte für die 'Öffis', die Unterstützungen für Jugendzentren oder die Erhöhung des Bildungsschecks denke. Ein großes Anliegen ist es mir, dass die Jugend in den verschiedensten Gremien, zum Beispiel in Gemeindevertretungen, aktiv mitentscheidet. Ich konnte persönlich viele für diese Aufgabe gewinnen.

Österreichs Zukunft liegt in der Hand der Jugend. Unsere Jugend braucht beste Chancen für die Schul- und Berufsausbildung. Deshalb braucht es eine Entbürokratisierung der Schulverwaltung, damit die Mittel tatsächlich in den Schulklassen ankommen und nicht in der Verwaltung verpuffen. Jugendpolitik ist Zukunftspolitik und umgekehrt. Deshalb sprechen wir uns für eine Generationengerechtigkeit von Gesetzen aus. Das heißt, dass jedes Gesetz auf seine Auswirkungen für zukünftige Generationen überprüft werden muss. Junge Menschen dürfen nicht ungleich behandelt werden. Deshalb setzt sich die FPÖ für eine Harmonisierung der Jugendschutzbestimmungen insbesondere bei den Ausgehzeiten ein.

Von Bildung über Verkehr bis zu Klimaschutz – die zentralen Grünen Themen betreffen die Jugend in höchstem Maße! Welche Bedingungen und Ressourcen in diesem Land – ja auf diesem Planeten – vorfinden wird, entscheidet sich jetzt. Als Oppositionspartei können wir zwar nicht unmittelbar dafür sorgen, dass endlich alle SchülerInnen bestmöglich gefördert oder Bus- und Bahntarife jugendfreundlich gestaltet werden. Doch wir sind überzeugt, dass es Grüne Politik braucht, um die Regierungen zu bringen, von denen unser aller Zukunft abhängt.

Arbeitsaufgaben für Gruppenarbeit

1. **Hinweis:** Fragt eure Lehrperson, falls ihr beim Lesen der Antworten Wörter nicht versteht!
2. Vergleicht die Antworten der Politiker/innen auf Frage 1: „Stellen Sie bitte kurz die Prinzipien und Interessen Ihrer Partei vor.“ Geht dabei folgendermaßen vor:
 - a) Unterstreicht die Prinzipien der Parteien, die in den Aussagen der jeweiligen Parteienvertreter/innen genannt werden und schreibt diese durcheinander auf ein A-3-Blatt.



Beispiel

- b) Welche Prinzipien der Parteien sind euch besonders wichtig? Jedes Mitglied der Gruppe kann nun drei Punkte vergeben und auf dem A-3 Blatt neben die Begriffe malen bzw. kleben (alle Punkte zu einem der Begriffe, zwei Punkte zu einem und einen Punkt zu einem anderen Begriff oder je einen Punkt zu drei unterschiedlichen Begriffen).
 - c) Begründet im Gruppengespräch eure Auswahl und tauscht eure Meinungen aus.
3. Vergleicht die Antworten der Politiker/innen auf Frage 2: „Was machen Sie für die Jugend in Salzburg und was haben Sie in Salzburg bisher für die Jugend verändert?“ Geht dabei folgendermaßen vor:
 - a) **Einzelarbeit:** Lies die Antworten aller Vertreter/innen der Parteien auf Frage 2. Unterstreiche im Text alle Maßnahmen, welche im Bereich der Jugendarbeit genannt werden. Wähle jene drei Maßnahmen, die dir persönlich am wichtigsten erscheinen (unabhängig von der Partei) und schreibe sie in ein Dreieck auf ein Blatt Papier.



Beispiel

- b) **Gruppenarbeit:** Stellt euch in der Gruppe gegenseitig eure Reihungen vor und diskutiert darüber. Begründet eure Wahl.
4. Was haltet ihr von den Antworten der Vertretern und Vertreterinnen der Parteien auf die Fragen der Schüler/innen? Seid ihr zufrieden/unzufrieden? Positiv oder negativ überrascht? Fehlen euch wichtige Dinge? Fasst die Ergebnisse eurer Diskussion in Stichworten zusammen und präsentiert sie im Klassengespräch.

6. Aufgaben der Abgeordneten

Sekundarstufe I

6. 1. Didaktisch-methodische Hinweise

In der folgenden Aufgabe sollen die Schüler/innen zuerst in Partner- und anschließend in Gruppenarbeit ein Ranking in Bezug auf die Relevanz der Aufgaben von Landtagsabgeordneten erstellen. Bei einem Ranking werden durch eine Sortierung Bewertungen vorgenommen, um über einen Vergleich von an sich Gleichwertigem zu einer Reihung zu gelangen (vgl. Kühberger/Windischbauer 2012, 108f). Das Erstellen des Rankings macht es erforderlich, sich über die Bedeutung der einzelnen Aufgaben Gedanken zu machen und Begründungen für das vorgenommene Ranking zu finden. Die Lösung der Aufgabe wird unterschiedlichste Reihungen ergeben und es kann keine einheitliche Lösung erwartet werden. Im Hinblick auf politisches Lernen geht es hier vielmehr um die reflexive Auseinandersetzung einerseits mit den Aufgaben der Abgeordneten, andererseits mit den Vorschlägen der anderen Gruppenmitglieder, was durchaus kontroverse Auseinandersetzungen zur Folge haben kann.

6.2. Hintergrundwissen

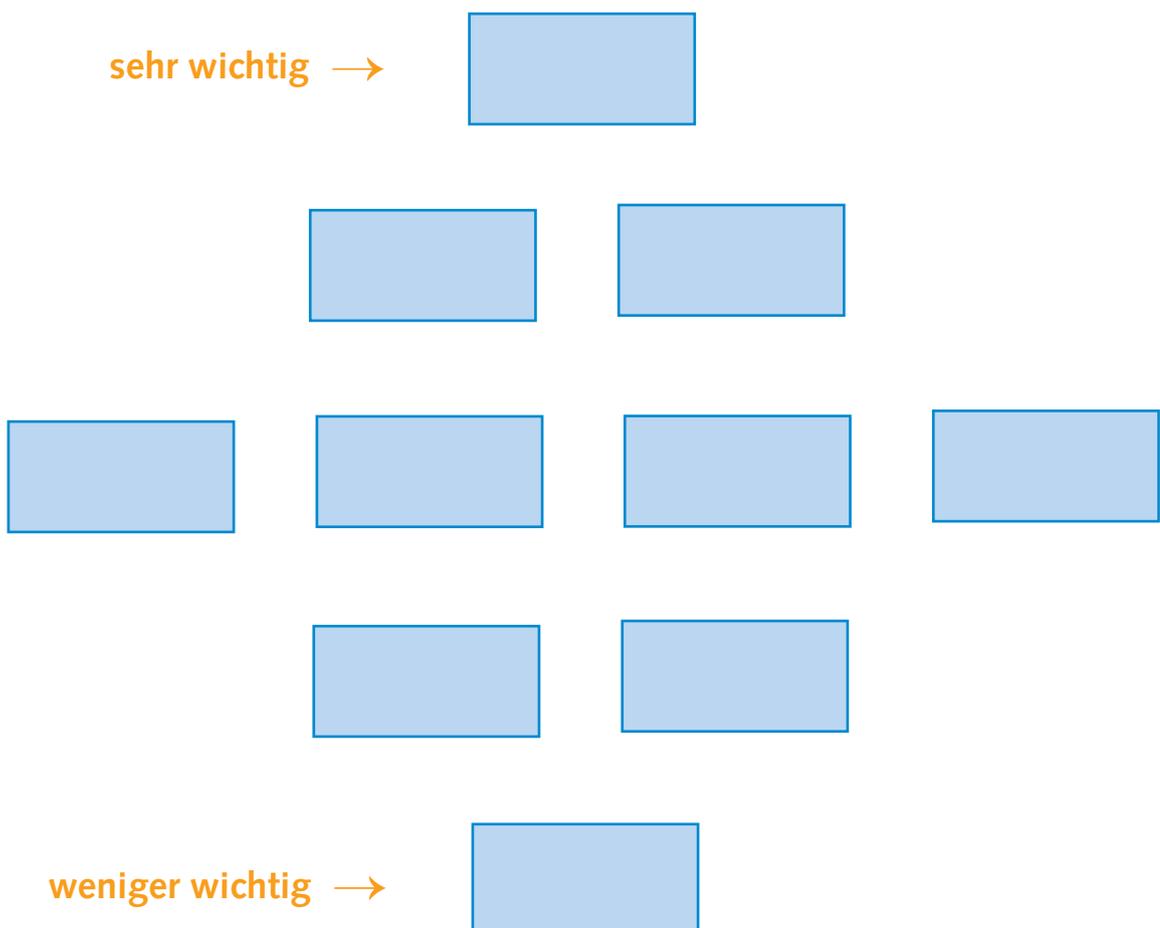
Um die folgenden Arbeitsaufgaben lösen zu können, ist es erforderlich, dass vorher im Lehrer/in-Schüler/in-Gespräch die Aufgaben der Abgeordneten im Landtag geklärt werden (siehe Kapitel „Der Salzburger Landtag – ein Überblick). Grundsätzlich lassen sich die Aufgaben der Abgeordneten des Salzburger Landtages vier Schwerpunkten zuordnen:

- 1. Parlamentsarbeit:** Gesetzgebungs- und Ausschussarbeit, Kontrollfunktion
- 2. Wahlkreisarbeit:** Kontakte zur Bevölkerung und deren Vertretung
- 3. Parteiarbeit:** Arbeit für die jeweilige Partei, der die Abgeordneten angehören
- 4. Öffentlichkeitsarbeit:** Kontakt zu Vertretern/innen der Medien

Arbeitsaufgaben für Partner- und Gruppenarbeit

Im Folgenden findet ihr auf Kärtchen einige Aufgaben von Abgeordneten des Salzburger Landtages aufgelistet.

1. Partnerarbeit: Ordnet die Karten vorerst nach der Wichtigkeit, die diese ausgewählten Tätigkeiten für euch besitzen. Begründet euer Ranking schriftlich! (mind. 6 Sätze)
2. Gruppenarbeit: Jeweils zwei Paare bilden eine Gruppe. Vergleicht nun euer Ergebnis mit den Ergebnissen der anderen Gruppenmitglieder. Versucht anschließend, ein gemeinsames Ranking zu erstellen. Gestaltet dazu ein Schaubild nach dem Vorbild unten. Vergleicht eure Begründungen, versucht neue Begründungen für die Anordnung zu finden und notiert diese.



 **Karten für das Ranking** (kopieren und ausschneiden)

<p>Tätigkeit in einem oder mehreren Ausschüssen</p> <p>Vorbereitung von Gesetzen, die im Landtag beschlossen werden sollen, Gespräche mit Expertinnen und Experten</p>	<p>Plenartätigkeit</p> <p>Teilnahme an den Sitzungen des Landtages, Vorbereitung von Reden, die im Landtag gehalten werden, Gespräche mit anderen Abgeordneten</p>	<p>Wahlkreisarbeit</p> <p>Kontakte zur Bevölkerung des Wahlkreises, in dem die Abgeordneten gewählt wurden (z.B. in Sprechtagen), Vertretung der Interessen der Bevölkerung dieses Wahlkreises</p>
<p>Besuch von Veranstaltungen</p> <p>Durchführung von Eröffnungen und Aufwertung von Veranstaltungen durch die Anwesenheit eines/einer Landtagsabgeordneten (z.B. bei Bällen, Musikfesten, Diskussionsveranstaltungen)</p>	<p>Parteilpolitische Tätigkeit</p> <p>Kontakte zur Partei, welcher die Abgeordneten angehören, Teilnahme an Parteisitzungen auf Landes- und Bundesebene, Vertretung der Interessen des Bundeslandes in den Parteigremien</p>	<p>Kontrolltätigkeit</p> <p>Stellen von schriftlichen und mündlichen Fragen an den Präsidenten/die Präsidentin des Landtages oder die Mitglieder der Landesregierung, Formulierung von dringlichen Anfragen. Forderung nach dem Einsatz eines Untersuchungsausschusses, im Ernstfall Formulierung eines Misstrauensvotums gegen die Landesregierung oder einzelne Mitglieder.</p>
<p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Kontakt zu Journalisten/innen, Verfassen von Presseaussendungen</p>	<p>Kontaktpflege</p> <p>Kontakte zu anderen Abgeordneten, insbesondere zu Vertretern/innen anderer Parteien pflegen. Kontakte zu Vertretern/innen der Wirtschaft, der Arbeitnehmer/innen, der Landwirtschaft, der Kunst, des Sportes usw. pflegen</p>	<p>Politisch-inhaltliche Arbeit</p> <p>Einholen von Informationen, Gespräche mit Betroffenen und Experten/innen. Um Lösungen für anstehende Probleme zu finden, Durchführung von Recherchen in anderen Bundesländern und im Ausland (wie wird das Problem anderswo gelöst?)</p>
<p>Wichtigster Aspekt</p> <p>→</p>	<p>Interventionen für Bürger/innen</p> <p>Abhalten von Sprechstunden für die Bevölkerung, um von Problemen zu erfahren. Gespräche mit Vertretern/innen von Behörden in Konfliktfällen. Vermittlung von Serviceeinrichtungen an Menschen, die Hilfe brauchen.</p>	<p>Weniger wichtiger Aspekt</p> <p>→</p>

7. Landtagswahlen in Zahlen

Sekundarstufe I

7.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Wahlergebnisse werden bei allen demokratischen Wahlen in der Regel ausführlich in den Medien thematisiert. Dabei treten vor allem unterschiedlichste Darstellungsformen auf, welche die Zahlen der Wähler/innen, die Wahlbeteiligung, die umgerechneten Prozentanteile etc. ausweisen. Im hier zur Verfügung gestellten Material wird mit den Zahlen der vergangenen Landtagswahlen gearbeitet, um den Schülern/innen einen Zugang zu den mathematisierten Schaubildern zu legen.

So werden auf einem Informationsblatt die Ergebnisse der letzten drei Landtagswahlen präsentiert mit einem zusätzlichen leeren Feld, in dem die Ergebnisse einer nächsten Landtagswahl eingetragen werden können. Für eine selbstständige Bearbeitung durch die Schüler/innen wird hier zudem ein Satz an Karten angeboten, der verschiedene „Leseaufgaben“ an die Datensätze stellt. Um die Selbsttätigkeit und Selbstkontrolle zu erhöhen, werden auch Musterlösungen angeboten, die auf der Rückseite der Fragenkärtchen angebracht werden können, so dass die Lernenden die Möglichkeit erhalten, ihre Ergebnisse selbstständig zu überprüfen. Dieser Kartensatz kann durch andere (sowohl leichtere als auch schwierigere Fragen an das Datenmaterial), die durch die Lehrperson erstellt werden, ergänzt werden. Auch aktuelle Daten – etwa nach der nächsten Landtagswahl – können auf diese Weise problemlos aufgenommen werden.

Darüber hinaus stehen hier zwei weitere Arbeitsblätter zu diesem Bereich zur Verfügung, die versuchen, die Daten der Wahlen in andere Darstellungsmodi zu überführen (u.a. vom Stabdiagramm in ein Kreisdiagramm, Verlaufsdiagramm etc.)

7.2. Hintergrundwissen zum Thema

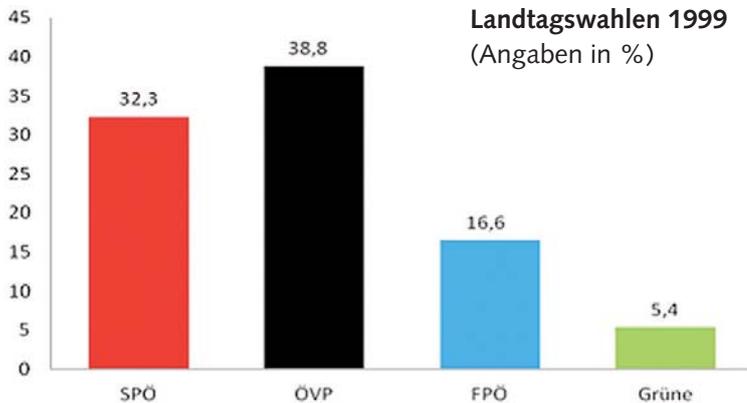
Die Wahlergebnisse der einzelnen Landtagswahlen können auf der Internetseite der Landesregierung abgerufen werden:

<http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm> (1.6.2012)

Material

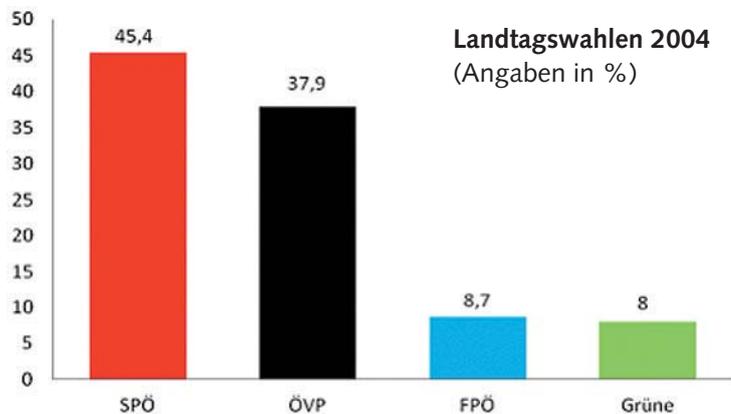
36 Mandate

12 SPÖ
 15 ÖVP
 7 FPÖ
 2 Grüne
 Wahlbeteiligung: 74,1 %
 Wahlberechtigte: 352.867



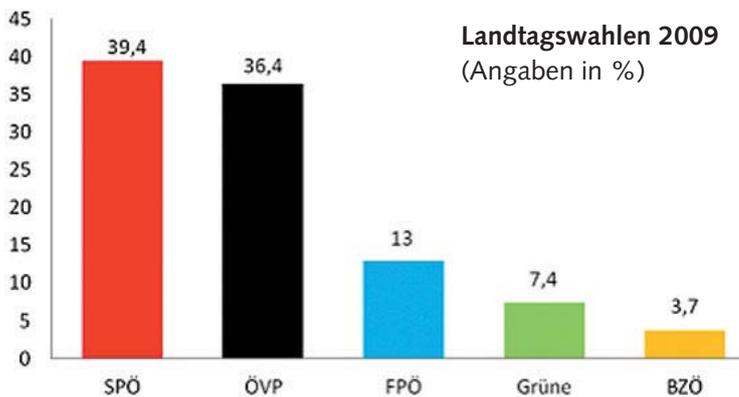
36 Mandate

17 SPÖ
 14 ÖVP
 3 FPÖ
 2 Grüne
 Wahlbeteiligung: 77,3 %
 Wahlberechtigte: 365.589



36 Mandate

15 SPÖ
 14 ÖVP
 5 FPÖ
 2 Grüne
 0 BZÖ
 Wahlbeteiligung: 74,4 %
 Wahlberechtigte: 386.068



36 Mandate

Wahlbeteiligung: ... %
 Wahlberechtigte:



Fragenkärtchen

Um eine stabile Koalition zu bilden, müssen sich zwei oder mehr Parteien zusammenschließen und auf mindestens 50 % der Sitze im Landtag kommen. Welche stabile Koalitionen waren im Jahr 2009 möglich?

In welchem der hier angeführten Jahre konnte die FPÖ ihr bestes Wahlergebnis erreichen?

Welche Partei hat (im Verhältnis zur Wahl des Vorjahres) im Jahr 2009 am meisten Prozent an Wählern/innen verloren?

In welchem der hier angeführten Jahre konnte die SPÖ ihr bestes Wahlergebnis erreichen?

Vergleiche die Verteilung der Sitze im Landtag. In welchen Jahren wären andere politische Koalitionen aus zwei Parteien als jene von SPÖ und ÖVP möglich gewesen?

In welchem der hier angeführten Jahre konnte die ÖVP ihr bestes Wahlergebnis erreichen?

Vergleiche die Wahlergebnisse in den verschiedenen Jahren. Welche Entwicklung kannst du für die FPÖ ablesen?

In welchem der hier angeführten Jahre konnten die Grünen ihr bestes Wahlergebnis erreichen?

In welchen der angegebenen Jahre war die Wahlbeteiligung am höchsten?

Antwortkärtchen

Es war eine Koalition aus SPÖ (15) und ÖVP (14) möglich. Sie kamen auf 29 von 36 Mandaten; aber auch: Die FPÖ verfügt seit der Wahl 2009 über fünf Mandate und käme mit der SPÖ auf 20, die ÖVP verfügt über 14 Mandate und käme mit der FPÖ daher auf 19 (14+5=19).

Das beste Wahlergebnis erreichte die FPÖ im Jahr 1999 mit 7 Sitzen im Landtag.

Die SPÖ hat von 2004 auf 2009 am meisten Wählerstimmen verloren (6%).

Das beste Wahlergebnis erzielte die SPÖ im Jahr 2004.

1999: SPÖ und FPÖ; ÖVP und FPÖ
2004: SPÖ und Grüne; SPÖ und FPÖ
2009: SPÖ und FPÖ; ÖVP und FPÖ

Die ÖVP hatte ihr bestes Wahlergebnis im Jahr 1999 mit 38,8 % der Stimmen.

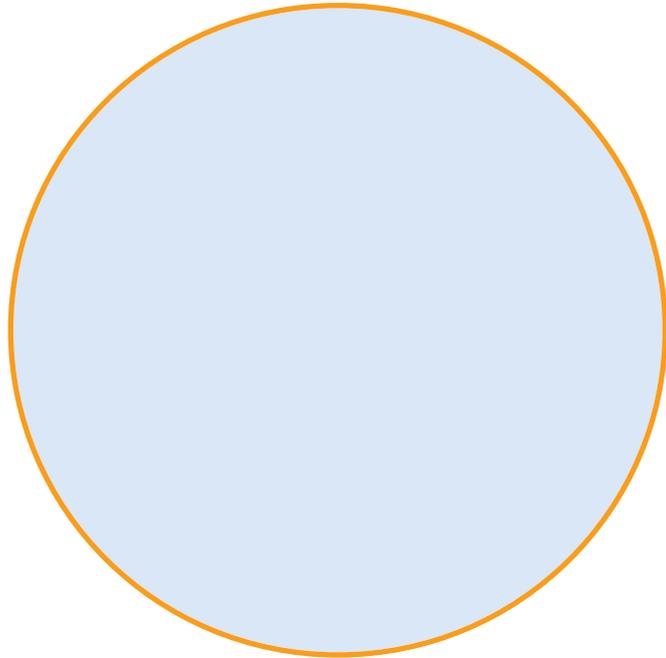
Die FPÖ startete im Jahr 1999 mit 16,6 % und sank auf 8,7 im Jahr 2004 und konnte sich 2009 wieder mit 13 % etwas erholen.

Geht man von den Sitzen im Landtag aus, so waren alle Jahre gleich gut. Geht man von den Anteil der Wählerstimmen aus, so erreichten die Grünen im Jahr 2004 mit 8 % ihre Höchstzahl.

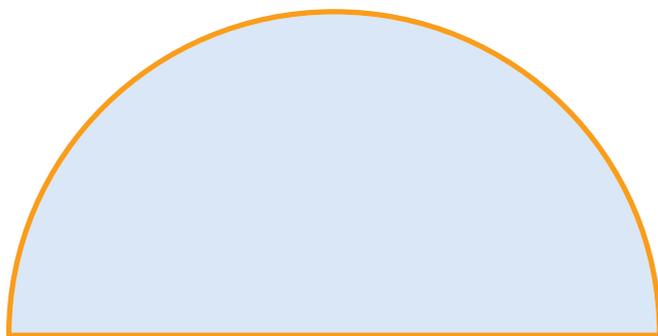
Im Jahr 2004 war die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen am höchsten.

Arbeitsblatt 1

Überführe die Ergebnisse der Stabdiagramme aus dem Jahr 2009 in ein Tortendiagramm. Dazu musst du den Kreis in „Tortenstücke“ einteilen, die den Prozentangaben der Wahlergebnisse entsprechen. Welche Auswirkungen hat diese Darstellung auf die Wahrnehmung des Wahlergebnisses? Notiere deine Beobachtungen!



Überführe die Ergebnisse der Stabdiagramme aus dem Jahr 2009 nun in ein halbrundes Diagramm, wie man diese oftmals im Fernsehen und in Tageszeitungen nach Wahlen sehen kann. Diese Diagramme simulieren die Sitzordnung der Landtagsabgeordneten und sind daher halbkreisförmig angeordnet. Wie verändert sich die Sichtweise auf die Ergebnisse dadurch nochmalig? Notiere deine Beobachtungen!

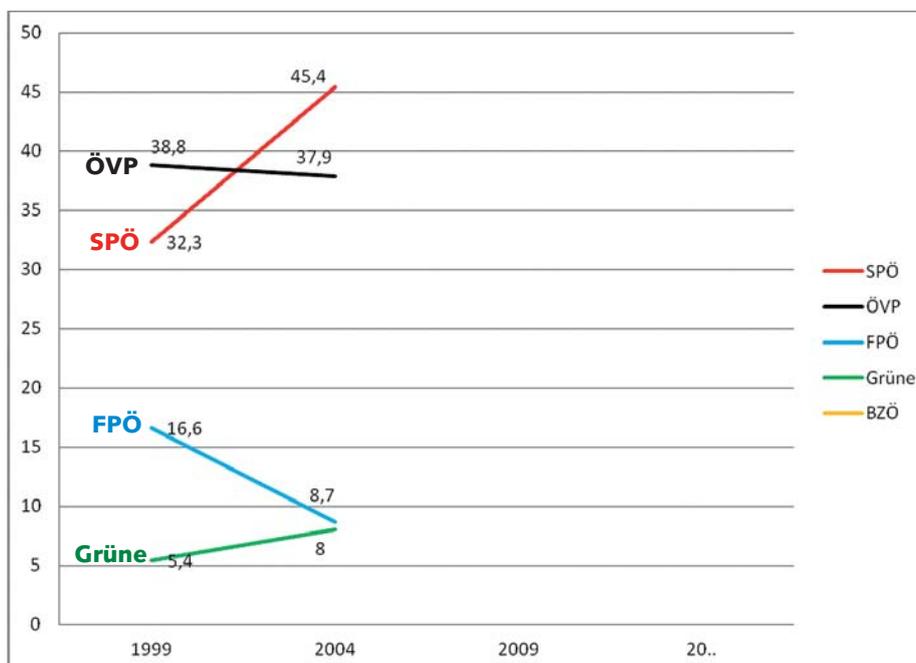


Zahlen in Verlaufsdiagrammen darstellen

Arbeitsaufgabe: Einzelarbeit

- Überführe die Daten aus den Wahlen in ein zeitliches Verlaufsdiagramm. Setzt dazu die bereits angegebenen Entwicklungen durch ein Eintragen der Daten in Form von Punkten und ein Verbinden der Punkte in den entsprechenden Farben fort.
- Versuche die Entwicklungen für die einzelnen Parteien in Worte zu fassen. Wähle dir dazu zwei verschiedene Parteien aus und notiere deine Beschreibungen.

Entwicklung der Wahlergebnisse der Landtagsparteien seit 1999 (Angaben in %)



Nachweis zu den statistischen Daten

<http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm> (1.6.2012)

<http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm> (1.6.2012)

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-sbg04.html> (1.6.2012)

https://service.salzburg.gv.at/WebRoot/LandSalzburgDB/Shops/Landversand/49C3/D1C2/CDDA/E4EC/BCD1/0A01/047B/0C6B/schrls17ltw09_mat-langf.pdf (1.6.2012)

8. Brauchen wir einen Landtag?

Sekundarstufe I

8.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Sich in diesem Unterrichtsmaterial mit der Legitimation des Salzburger Landtages zu beschäftigen, scheint auf den ersten Blick seltsam, doch öffentliche Diskussionen um das Bestehen von regionalen Parlamenten in Österreich flammen immer wieder auf. Ziel der hier gebotenen Auseinandersetzung ist es, sich in Meinungsbildungsprozesse einzubringen und vor allem mit verschiedenen Positionen auseinanderzusetzen. Anhand der Frage nach der Auflösung oder des Fortbestandes des Salzburger Landtages wird eine Strukturierungshilfe für das Nachdenken über mögliche politische Urteile zu dieser Frage angeboten. In einem ersten Schritt gilt es dabei zwischen Pro- und Contra-Positionen zu unterscheiden, um in einem zweiten Schritt verschiedene Perspektiven zu erkennen (vgl. Kühberger/Windischbauer 2013, 69ff).

Das Beispiel könnte aber durchaus auch durch das Einbringen von eigenen Urteilen seitens der Lernenden erweitert werden.

Eine andere Möglichkeit der Weiterarbeit mit diesen Impulsen könnte ein Prüfen der getätigten Aussagen vor einem aktuellen Hintergrund sein, um Relevanz (z.B. Welche Relevanz besitzt das eingebrachte Urteil/Argument innerhalb der Gesamtdebatte?) und Begründungsqualität der eingebrachten Argumentation (z.B. Liegen dazu nur emotionale oder auch empirische bzw. faktenorientierte Begründungen vor?) besser einschätzen zu können. Dazu müssten die Schüler/innen einzelne Aussagen isolieren und etwa durch eine Internetrecherche oder durch Fachliteratur auf ihre Richtigkeit prüfen (z.B. „Regelt das Baurecht für jede Region tatsächlich jedes Bundesland für sich?“ zur Aussage des Bauunternehmers Alfred).

8.2. Hintergrundwissen zum Thema

Wenn es in politischen Debatten um die Abschaffung oder die Beibehaltung des Landtages in den einzelnen Bundesländern Österreichs geht, so handelt es sich dabei vorrangig um eine Debatte zwischen „Föderalismus“ und „Zentralismus“. Diese zwei Begriffe verhandeln im Grunde das Verhältnis zwischen den österreichischen Bundesländern und dem Bund hinsichtlich verschiedenster Zuständigkeiten. Während man unter „Zentralismus“ eine Ausprägung eines Staatsgefüges meint, in dem die Macht deutlich vom Bund ausgeht (z.B. Frankreich), versteht man unter Föderalismus ein System, in dem kleinere politische Einheiten (z.B. Bundesländer oder Kantone) mehr Macht besitzen als übergeordnete Strukturen (z.B. in den USA oder in der Schweiz) (vgl. Gärtner 2008, 34f).

Die Grundidee hinter dem Föderalismus stammt aus der Frühen Neuzeit. Man versuchte damit vor allem die Macht des Staates zu verteilen („vertikale Gewaltenteilung“) und auftretende Probleme auf jenen staatlichen Ebenen entscheiden zu lassen, wo sie auftreten (Bevec 2007, 199).

Der Zentralismus wird in der Regel mit dem Zeitalter des Absolutismus in Verbindung gebracht, in dem ein absolut regierender Herrscher alle politische Macht auf sich vereinte. Heute versteht man darunter vor allem die Konzentration von Entscheidungen auf die Hauptstadt eines Landes bzw. vor allem auf dort angesiedelte politische Institutionen (Gärtner 2008, 263). In Österreich existiert heute eine starke Verschränkung der Aufgabengebiete (vgl. dazu das Hintergrundwissen zum Thema „Ebenen der Politik“).

Material

1. Analysiert die einzelnen Positionen auf den Kärtchen. Handelt es sich dabei um Befürworter/innen (pro) oder Gegner/innen (contra) des Fortbestand des Salzburger Landtages? Legt die Kärtchen auf die dafür vorgesehenen Positionen auf dem Übungsbogen.
2. In einem zweiten Schritt müssen die Kärtchen jetzt entsprechend der in den Aussagen enthaltenen Positionen dem Übungsbogen zugeordnet werden. Die Kärtchen können dabei entweder eine Aussage beinhalten die
 - a) eine persönliche Ausrichtung
 - b) eine gruppenspezifische Ausrichtung oder
 - c) eine gesamtgesellschaftliche Ausrichtung besitzt.

Es ist hier anzuraten, die Kärtchen auf der Rückseite mit Markierungen zu versehen, um den Lernenden eine Selbstkontrolle zur Auflösung zu ermöglichen. Es sollte auch versucht werden, die zusätzlich selbstständig eingebrachten Urteile zuzuordnen.

Urteil mit persönlicher Ausrichtung

Als Landtagsabgeordneter stufe ich die Wichtigkeit des Landtages sehr hoch ein. Durch seinen Fortbestand kann ich als Politiker am meisten bewegen und die regionalen Gegebenheiten berücksichtigen.

Franz, Abgeordneter, 45

Urteil mit gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung

Der Landtag hat seine Funktion als regionale Vermittlungsinstanz noch lange nicht verloren. Regionale Anliegen werden oft nur auf Landesebene sichtbar.

Maria, Verkäuferin, 27

Urteil mit gruppenspezifischer Ausrichtung

Schließt man den Landtag, wird lokalen Bürgerbewegungen, wie unserer zum Schutz des Moors hier am Stadtrand, überhaupt kein Gehör mehr geschenkt. Das Parlament in Wien würde vielleicht sogar einfach über unsere Köpfe hinweg entscheiden.

Marcus, Tischlermeister, 39

Landespolitik reicht mir. Ich durchschaue diese ja kaum. Der Landtag ist dafür die geeignete Drehscheibe. Gibt es keinen Landtag mehr, begegne ich den gewählten Vertretern/innen überhaupt nicht mehr, weil sie fernab in Wien oder Brüssel sitzen würden.

Thomas, Bankangestellter, 32

Heute vernetzt sich die ganze Welt. Da werden unsere Meinungen und unsere Entscheidungen hier vor Ort für uns immer wichtiger. Bei uns weiß man um die echten Bedürfnisse der Menschen sicherlich besser Bescheid.

Hannes, Bauer, 56

Den Landtag schließen, bedeutet eine Ausschaltung der Opposition und damit der Kontrolle durch gewählte Vertreter/innen vor Ort.

Michael, Arzt, 54

Für mich ist der Landtag irrelevant. Er kann abgeschafft werden. Dieses lokale Kleinklein hilft im Zeitalter der Globalisierung nicht weiter. Ich bin für ganz neue Wege der politischen Zusammenarbeit, die größere Zusammenhänge in den Blick nimmt.

Lea, Studentin, 25

Ich bin für eine ersatzlose Streichung des Landtages. Diese Institution verschlingt Millionen an Euros. Die Aufgaben könnten vom Nationalrat mitbetreut werden. Da spart der Staat sich viel Geld!

Sonja, Pensionistin, 65

Mein Bruder und ich möchten auch gerne die sehr freizügigen Regelungen des Wiener Jugendschutzes genießen. Hier in unserem Bundesland müssen wir als 16jährige schon früher nach Hause gehen. Es sollte dafür einheitliche Regelungen geben.

Anna, Schülerin, 16

Politik war mir noch nie wichtig. Mir scheint aber, dass es zu viele aufgeblasene Einrichtungen gibt. Ich brauche keinen Landtag.

Raimund, Sporttrainer, 55

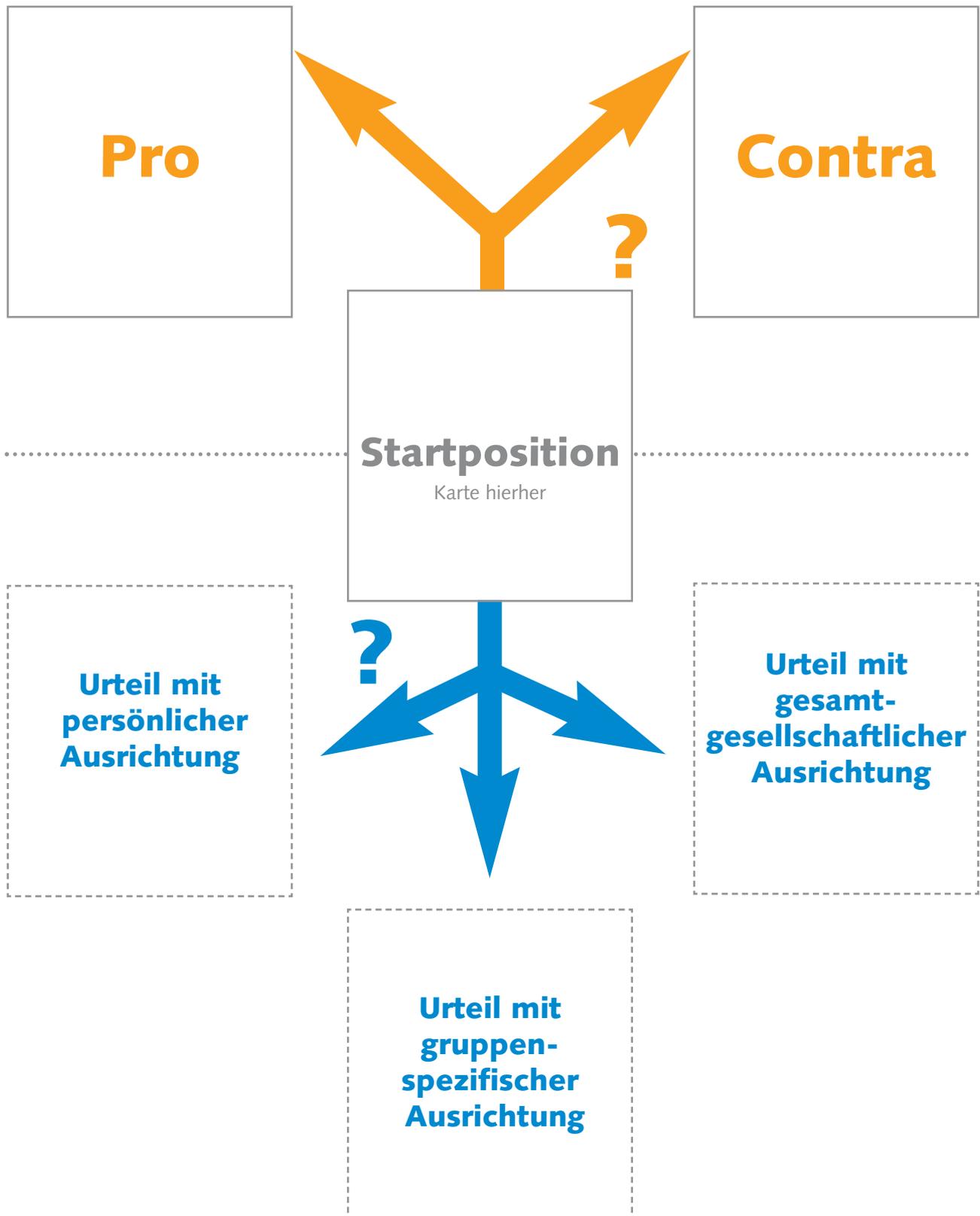
Der Landtag ist doch nur noch ein seltsames Schauspiel. 80% der Gesetze entstehen ohnedies bereits auf europäischer Ebene. Für den Rest benötigen wir wirklich keine neun Landtage in Österreich!

Sebastian, IT-Experte, 43

Als Bauunternehmer habe ich es satt, dass jedes Bundesland als Mini-Region ein eigenes Baurecht hat. Ich bin dafür, dass die Kompetenzen in diesem Bereich auf den Bund übergehen und bundeseinheitliche Grundlagen geschaffen werden.

Alfred, Bauunternehmer, 43

Auswertungsplan („Übungsbogen“) (Kühberger/Windischbauer 2013, 71)



9. Zeitungsberichte über den Landtag analysieren am Beispiel „Gläserne Parteitassen“ Sekundarstufe I und II

9.1. Didaktisch-methodische Hinweise für die Sek. I

Landespolitik tritt den Schülern/innen hauptsächlich über die Medien (TV, Internet, Zeitungen) gegenüber. Obwohl die Bedeutung von Zeitungen im Vergleich mit anderen Informationsangeboten insbesondere bei Jugendlichen abnimmt, liefern diese nach wie vor viele politische Informationen (vgl. Kühberger 2010, 153ff). Bei vielen Lehrern/innen besteht das Bedürfnis, den Schülern/innen nur qualitätsvolle Tageszeitungen vorzulegen. Im Sinne der Vorbereitung der Schüler/innen auf ein Leben nach der Schule sollten den Schülern/innen allerdings auch jene Fähigkeiten vermittelt werden, welche es ihnen ermöglichen, alle Tageszeitungen – und damit auch alle anderen Berichte, wie z.B. Texte im Internet – kritisch zu lesen, Wertungen zu erkennen und zu analysieren.

Im vorliegenden Beispiel wurde ein Kommentar gewählt, der eine eindeutige Meinung ausdrückt, die von den Schülern/innen erkannt werden sollte. Prinzipiell kann mit Hilfe des Analyserasters jedoch jeder Beitrag zu jedem beliebigen Thema analysiert werden. Am Ende der – schrittweise immer selbstständigeren – Analyse sollte ein Klassengespräch stehen, in dem unterschiedliche und gemeinsame Erkenntnisse und Standpunkte gesammelt und mögliche falsche Ergebnisse richtig gestellt werden.

So könnten die Schüler/innen z.B. mit der Aufgabe betraut werden, über einen längeren Zeitraum die lokalen Tageszeitungen (Salzburger Nachrichten, Salzburg Krone, SVZ) sowie die online-Auftritte von Salzburger TV-Sendern, welche auch schriftliche Berichte liefern (z.B. ORF Salzburg) zu beobachten und Beiträge zum Salzburger Landtag zu sammeln. Mit Hilfe des Analyserasters sollen die Schüler/innen die gesammelten Beiträge kritisch reflektieren, wobei nicht bei jeder Analyse alle Aufgaben erfüllt werden müssen.

9.2. Hintergrundwissen

Am 19. April 2012 einigten sich alle vier Salzburger Landtagsparteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne) darauf, die Parteifinzen transparenter zu machen. Man einigte sich auf folgende Punkte:

- Parteispenden ab 500 € müssen offen gelegt werden. Die Namen der Spender/innen werden dem Landesrechnungshof genannt.
- Auch Spenden an Mandatäre und Mandatarinnen der Parteien und an so genannte Vorfeld- oder den Parteien nahestehende Organisationen (z.B. Pensionistenvereine, Jugendorganisationen) müssen offen gelegt werden.
- Als Spenden gelten neben Geld auch Personal- und Sachspenden.

- Öffentliche Unternehmen dürfen generell keine Spenden an Parteien vergeben. Auch Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer dürfen nicht an Parteien spenden.
- Bei Verstößen gegen das Gesetz soll eine Bestrafung bis zum Dreifachen der nicht gemeldeten Summe erfolgen.

Darüber hinaus haben sich die Parteien darauf geeinigt, die Kosten für den kommenden Wahlkampf im Jahr 2014 zu senken:

- Der Wahlkampf mit Plakaten, Inseraten, Werbespots usw. wird auf zwei Monate beschränkt
- Die Größe der Plakate wird beschränkt
- Jede Partei gibt max. 300.000 € für Wahlwerbung aus
- Um die Beschränkungen überprüfen zu können, werden die gebuchten Plakatflächen und Werbeeinschaltungen innerhalb einer Woche auf der Homepage der jeweiligen Partei veröffentlicht.

(Vgl. Das Landespressebüro, 19.4.2012;
http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=48852
(30.4.2012))

1. Zeitungsartikel geben Antworten auf so genannte W-Fragen. Beantworte die Fragen in der linken Spalte des Analyserasters.
2. Ein Zeitungsartikel besteht aus mehreren Teilen. Ordnet die Kärtchen „Teile eines Zeitungsartikels“ in der rechten Spalte des Analyserasters den passenden Abschnitten richtig zu (es können auch Kärtchen übrig bleiben).
3. Stellt fest: Handelt es sich bei dem Artikel eher um
 - einen tatsachenorientierten Text? Er gibt Tatsachen und Ereignisse wieder (Nachricht, Bericht, Meldung, Dokumentation, Interview)
 - einen meinungsorientierten Text? Er spiegelt die persönliche Meinung des Journalisten/der Journalistin wieder (Leitartikel, Kolumne, Kommentar, Kunstkritik, Glosse)
 - einen kreativen Text (Witz, Gedicht, Kurzgeschichte, ...)?
4. Wie beurteilt ihr den Artikel? Begründet eure Meinung in Stichwörtern.

W-Fragen:

Was ist passiert?

Wer ist beteiligt?

Wann ist es
geschehen?

Wo ist es
geschehen?

Wie ist es
passiert?

Warum ist es
geschehen?

Woher kommen
die Informationen?

Endlich Standards in Transparenz

Von Sylvia Wörgetter

Die Landtagsparteien Salzburgs geben sich ein beispielhaftes Parteiengesetz. Für den Rest Österreichs gibt es keine Ausrede mehr.

Demokratie lebt vom Wettstreit der Parteien, Parteien leben nicht nur von Ideen allein. Sie leben auch von Geld. Dass Spitzenpolitiker seit Monaten im Verdacht stehen, mit eben diesem Geld nicht nur schlampig, sondern sogar korrupt umgegangen zu sein, hat nicht nur den Parteien eine Krise beschert, sondern das Vertrauen in die Politik insgesamt und – noch schlimmer – in die Demokratie beschädigt.

Mit jedem Tag, an dem Meldungen über undurchsichtige Provisionszahlungen an noch undurchsichtigere Lobbyisten, Inserate ohne erkennbare Gegenleistung, illegale Parteienfinanzierung sowie dubiose Einladungen von Entscheidungsträgern die Medien beherrschen, erodiert das Fundament der Demokratie weiter.

Dieser zerstörerische Prozess ist nicht zu stoppen, es sei denn durch die Politik selbst. Daher kann nicht hoch genug geschätzt werden, worauf sich alle Landtagsparteien in Salzburg und Vorarlberg geeinigt haben: auf gläserne Parteikassen, umfassende Kontrolle durch den Rechnungshof und Sanktionen. Vor allem Salzburg setzt Standards: Alle Spenden an Parteien, ihre Teil-, Vorfeld- und befreundeten Organisationen sowie ihre Vertreter bis hinunter auf Gemeindeebene sind ab 500 Euro namentlich offenzulegen. Wobei nicht nur Geldspenden erfasst werden, sondern auch Sachwerte und „verliehenes“ Personal. Hinzu kommen Bestimmungen zur Begrenzung der Wahlkampfkosten.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihr Stellvertreter Wilfried Haslauer haben in Salzburg einer Novelle der Parteienfinanzierung zugestimmt, die Korruptionsbekämpfer seit vielen Jahren fordern. Nun gibt es für Kanzler und Vizekanzler keine Ausrede mehr - zumal der Sumpf, in dem die Bundespolitik steckt, um vieles tiefer ist als der politische Boden in den Ländern.

SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne haben in Salzburg einen Akt politischer Vernunft und demokratiepolitischer Verantwortung gesetzt. Das zeichnet sie vor ihren Bundesparteien aus. Und kritischen Journalismus kennzeichnet, dass er beispielhafte Politik auch als solche anerkennt. Daher: Bravo!

Salzburger Nachrichten,
www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/endlich-standards-in-transparenz-11466/ 20.4.2012 (30.4.2012)

Kärtchen „Teile eines Zeitungsartikels“ (laminieren, ausschneiden)

Schlagzeile/Headline

= kurze, schnell lesbare Information.
Soll das Interesse der Leser/innen wecken.

Dachzeile

steht über der Schlagzeile,
kann aber auch fehlen.

**Nachrichtenkörper/
Hauptteil**

Ausführliche Darstellung
eines Ereignisses mit Stellung-
nahmen von Beteiligten.
Die Informationen werden
nach Wichtigkeit gereiht.

Untertitel

= steht nach der Schlagzeile,
bringt zusätzliche
Informationen zur Schlagzeile.
Der Untertitel kann fehlen.

Vorspann

= kurze, schnell lesbare
Zusammenfassung.
Er soll das Interesse der
Leser/innen wecken.

Bilder mit Untertitel

= kurze, schnell lesbare
Information.
Soll das Interesse der
Leser/innen wecken.

9.4. Didaktisch-methodische Hinweise für die Sek. II

In der Sekundarstufe II sollte die Analyse von Medienberichten einen Schritt weitergehen (vgl. zu den Grundlagen Kapitel 9.1): Im vorliegenden Beispiel liegt der Fokus auf dem Vergleich unterschiedlicher Berichte. Es liegen hier zwei Medienberichte zum selben Ereignis vor – es könnten durchaus aber auch drei oder vier Berichte – zu jedem anderen beliebigen Thema – sein.

9.5. Hintergrundwissen

Zum Hintergrundwissen vgl. 9.2. oben.

Materialien

1. Finde heraus, wer die Eigentümer/Herausgeber dieses Mediums sind (Hinweise findest du möglicherweise im Impressum der Zeitung oder bei einer Internetrecherche). Überlege, welche Interessen bei diesem Medium im Vordergrund stehen könnten.
2. Begründe anhand des Artikels, ob es sich dabei eher um
 - einen tatsachenorientierten Text handelt. Er gibt Tatsachen und Ereignisse wieder (Nachricht, Bericht, Meldung, Dokumentation, Interview).
 - einen meinungsorientierten Text handelt. Er spiegelt die persönliche Meinung des Journalisten/der Journalistin wieder (Leitartikel, Kolumne, Kommentar, Kunstkritik, Glosse).
 - einen kreativen Text handelt (Witz, Gedicht, Kurzgeschichte etc.).
3. Zu Frage 2: Welche Auswirkungen kann die Art des Textes – tatsachen- oder meinungsorientiert, kreativ – auf den dargestellten Inhalt haben? Erörtere dies anhand von Beispielen aus den Texten.
4. Vergleiche die zwei Berichte zum selben Ereignis. Stelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede fest. Finde insbesondere mögliche Unterschiede in der Schwerpunktsetzung und in der Bewertung des Ereignisses heraus. Belege deine Ergebnisse mit konkreten Textstellen.

Text 1: Mittagsjournal, 20.04.2012,
<http://oe1.orf.at/artikel/303060> (30.4.2012)

Gläserne Parteikassen

Vorarlberg und Salzburg preschen vor

Was im Bund seit Jahren nicht gelingt, obwohl bereits ebenso lang von den Regierungsparteien angekündigt, das setzen jetzt ein rotes und ein schwarzes Bundesland um: Salzburg und Vorarlberg führen ab kommendem Jahr gläserne Parteikassen ein. Darauf haben sich in beiden Bundesländern SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne, also alle vier im Landtag vertretenen Parteien geeinigt.

Vbg.: Spenden ab 1.000 Euro

Zwei Länder zeigen vor, wie es auch auf Bundesebene gehen könnte: In Vorarlberg müssen künftig alle Spenden ab 1.000 Euro offengelegt werden – betroffen davon sind nicht nur die Parteien selbst sondern auch ihre Teil- und Vorfeld-Organisationen - vom ARBÖ bis zum Bauernbund. Anonyme Spenden sind verboten. Die Parteien müssen darüber hinaus auch Berater und Werbeunternehmen angeben, wenn höhere Entgelte als 1.000 Euro bezahlt werden, Fördermittel müssen zwingend für jenen Zweck verwendet werden, für den sie vergeben worden sind.

Strafen vorgesehen

Die Buchführung der Parteien in Vorarlberg wird in Zukunft von Wirtschaftstreuhändern geprüft und der daraus folgende Rechenschaftsbericht im Amtsblatt für Vorarlberg veröffentlicht - die Berichte sind damit auch im Internet abrufbar. Verstößt eine Partei gegen die neuen Transparenzregeln, wird in Höhe der nicht veröffentlichten Spende die Parteienförderung gekürzt, bei zweckwidriger Verwendung von Förderungen können diese zurückgefordert werden.

Salzburg schon ab 500 Euro

Noch strenger als in Vorarlberg sind die geplanten Regelungen in Salzburg: Hier haben sich die Parteien darauf geeinigt, alle Spenden ab 500 Euro dem Rechnungshof offenzulegen, diese werden dann im Internet veröffentlicht – bei Verstößen gibt es Strafen, bis zum Dreifachen der nicht offengelegten Summe.

Als Spenden gelten dabei nicht nur Geldbeträge, sondern auch Sachspenden und verliehenes Personal – erfasst werden auch in Salzburg nicht nur die Parteien sondern auch ihre Vorfeld-, Teil- und befreundeten Organisationen sowie alle Mandatäre bis hinunter auf die Gemeindeebene.

Spendenverbot für Kammern

Darüber hinaus kommt in Salzburg auch ein Spenden- und Inseraten-Verbot: Kammern und Interessenvertretungen sowie öffentliche Unternehmen, an denen das Land mit mindestens einem Viertel oder die Gemeinden mit mindestens der Hälfte beteiligt sind, dürfen den Parteien überhaupt nichts mehr spenden. Und im Wahlkampf dürfen die Parteien in Salzburg künftig maximal 300.000 Euro für Inserate und Spots ausgeben – auch das wird von einem unabhängigen Institut überprüft.

Text 2: Salzburger Nachrichten, 20.4.2012.

www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/endlich-standards-in-transparenz-11466 (30.4.2012)

Endlich Standards in Transparenz

Von Sylvia Wörgetter

Die Landtagsparteien Salzburgs geben sich ein beispielhaftes Parteiengesetz. Für den Rest Österreichs gibt es keine Ausrede mehr.

Demokratie lebt vom Wettstreit der Parteien, Parteien leben nicht nur von Ideen allein. Sie leben auch von Geld. Dass Spitzenpolitiker seit Monaten im Verdacht stehen, mit eben diesem Geld nicht nur schlampig, sondern sogar korrupt umgegangen zu sein, hat nicht nur den Parteien eine Krise beschert, sondern das Vertrauen in die Politik insgesamt und – noch schlimmer – in die Demokratie beschädigt.

Mit jedem Tag, an dem Meldungen über undurchsichtige Provisionszahlungen an noch undurchsichtigere Lobbyisten, Inserate ohne erkennbare Gegenleistung, illegale Parteienfinanzierung sowie dubiose Einladungen von Entscheidungsträgern die Medien beherrschen, erodiert das Fundament der Demokratie weiter.

Dieser zerstörerische Prozess ist nicht zu stoppen, es sei denn durch die Politik selbst. Daher kann nicht hoch genug geschätzt werden, worauf sich alle Landtagsparteien in Salzburg und Vorarlberg geeinigt haben: auf gläserne Parteikassen, umfassende Kontrolle durch den Rechnungshof und Sanktionen. Vor allem Salzburg setzt Standards: Alle Spenden an Parteien, ihre Teil-, Vorfeld- und befreundeten Organisationen sowie ihre Vertreter bis hinunter auf Gemeindeebene sind ab 500 Euro namentlich offenzulegen. Wobei nicht nur Geldspenden erfasst werden, sondern auch Sachwerte und „verliehenes“ Personal. Hinzu kommen Bestimmungen zur Begrenzung der Wahlkampfkosten.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihr Stellvertreter Wilfried Haslauer haben in Salzburg einer Novelle der Parteienfinanzierung zugestimmt, die Korruptionsbekämpfer seit vielen Jahren fordern. Nun gibt es für Kanzler und Vizekanzler keine Ausrede mehr – zumal der Sumpf, in dem die Bundespolitik steckt, um vieles tiefer ist als der politische Boden in den Ländern.

SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne haben in Salzburg einen Akt politischer Vernunft und demokratiepolitischer Verantwortung gesetzt. Das zeichnet sie vor ihren Bundesparteien aus. Und kritischen Journalismus kennzeichnet, dass er beispielhafte Politik auch als solche anerkennt.

Daher: Bravo!

10. Das Budget als Verteilungsproblem

Sekundarstufe I und II

10.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Eines der zentralen Probleme in der Politik ist, die stets neue Verteilung von öffentlichen Geldern zur Abdeckung von Projekten, die der Gesellschaft und ihrer positiven Weiterentwicklung zugute kommen sollen. Die Landesregierung muss dazu eine Budgetierung vornehmen, wofür die öffentlichen Gelder verwendet werden. Die Abgeordneten des Landtags müssen diesem „Haushalt“ zustimmen, da dieser als Gesetz verabschiedet wird. Hauptziel der hier vorgestellten Denkaufgabe ist es, zu zeigen, dass Politik nicht unendlich viel Geld zur Verfügung hat, um damit alle Wünsche und oftmals nicht einmal alle Notwendigkeiten der Gesellschaft abzudecken. Die Verteilung der öffentlichen Gelder bzw. ihre Kürzung hat jedoch auch Auswirkungen, die vor allem hinsichtlich ihrer Folgewirkungen durchdacht werden sollten.

10.2. Hintergrundwissen zum Thema

Die Landesregierung verabschiedet jedes Jahr ein neues Budget. Dazu werden „Budgetrichtlinien“ von der Landesregierung an die Verwaltung (Amt der Landesregierung) weitergereicht, entlang derer die einzelnen Abteilungen eine erste Jahresplanung des Budgets vornehmen. Zu einem sehr großen Prozentanteil werden mit diesen Geldern Pflichtausgaben des Staates abgedeckt, die aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung seitens des Landes zu bedecken sind. In einer eigenen Klausur der Landesregierung entsteht dann auf der Grundlage der Zahlen aus der Verwaltung ein Zahlenwerk („Landesvoranschlag“), das nach bestimmten Gruppen die finanziell geplanten Aufwendungen ausweist. Einsparungen oder Umschichtungen sind daher oftmals nur in geringem Umfang in ganz wenigen Bereichen möglich, welche für spezielle Förderungen, Entwicklungsprogramme oder Projekte („Ermessensausgaben“) eingesetzt werden.

Pflicht- und Ermessensausgaben/Land Salzburg (2011)

Verteilung der Ausgaben 2011 nach Pflicht- und Ermessensausgaben (ordentlicher Haushalt)						
Gruppe	Bezeichnung	Pflichtausgaben		Ermessensausgaben		Gesamtausgaben Euro
		Euro	%	Euro	%	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	234.850.048	97,5	6.088.036	2,5	240.938.182
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	8.543.499	93,8	565.000	6,2	9.108.593
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	418.752.962	90,9	41.688.564	9,1	460.441.617
3	Kunst, Kultur und Kultus	28.926.673	59,2	19.947.020	40,8	48.873.752
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	491.167.970	97,7	11.687.654	2,3	502.855.722
5	Gesundheit	417.300.369	76,4	128.893.442	23,6	546.193.887
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	40.449.959	36,2	71.295.892	63,8	111.745.887
7	Wirtschaftsförderung	18.869.987	25,6	54.708.294	74,4	73.578.307
8	Dienstleistungen	0	0,0	3.919.988	100,0	3.919.988
9	Finanzwirtschaft	274.094.639	94,6	15.522.303	5,4	289.617.037
		1.932.956.106	84,5	354.316.193	15,5	2.287.272.971

Stand: 12.7.2012; Info auf Basis von Berechnungen des Landesrechnungshofes

Arbeitsauftrag für eine Kleingruppenarbeit (3-4 Personen)

Material

Ein Denkaufgabe

Die Landesregierung möchte ein neues „Gesundheitspräventionsprojekt“ an Schulen im städtischen Lebensraum als Pilotprojekt durchführen. Die Schüler/innen sollten dazu einer schulärztlichen Untersuchung unterzogen werden und im Anschluss mit speziellen Trainern/innen im Rahmen des Sportunterrichtes physiotherapeutische Übungen zur Reduktion von Haltungsschäden und zur Aktivierung des Stütz- und Bewegungsapparates absolvieren. Auf diese Weise erhofft man sich eine nachhaltige Auswirkung auf die Gesundheitsausgaben in der Zukunft.

Um die dafür benötigten 300.000 Euro für dieses Projekt aufzustellen, muss eine Umschichtung in der Budgetplanung im Bereich der Ermessensausgaben vorgenommen werden. Folgende Bereiche stehen für ein Aufbringen der finanziellen Mittel zur Verfügung:

Bezeichnung	Ausgaben in Euro
Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	41.688.564
Kunst, Kultur und Kultus	19.947.020
Straßen- und Wasserbau, Verkehr	71.295.892
Wirtschaftsförderung	54.708.294

Zahlen aus dem Jahr 2011/ Quelle: Landesrechnungshof 12.7.2012

Welche Möglichkeiten bieten sich für die Landesregierung? Sollte man alles so belassen wie es war und allen Bereichen gleich viel Geld abziehen? Oder sollte man einen Bereich nicht antasten, um die dortigen Entwicklungen nicht zu stören oder gar kaputt zu machen? Drei Vorschläge stehen zur Diskussion.

Möglichkeit 1

Um die 300.000 Euro für das Projekt aufzustellen, werden aus jedem der vier Bereiche 75.000 Euro beigesteuert.

Möglichkeit 2

Die 300.000 Euro kommen nur aus dem Bereich „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“. Dazu werden Mittel aus den Bereichen der „Sonstigen Maßnahmen“ (u.a. Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Tagungen, Assistenz für schwierige Kinder) gekürzt.

Möglichkeit 3

Die 300.000 Euro kommen nur aus dem Bereich „Kunst, Kultur und Kultus“. Dazu wird die Förderung der Blas- und Volksmusik sowie der Laienspielbühnen gekürzt.

1. Überlegt euch in eurer Gruppe, welche Folgen die einzelnen Möglichkeiten für die einzelnen Bereiche haben könnten. Welche Folgewirkungen könnten durch die Umverteilung der finanziellen Mittel entstehen? Formuliert etwa so: „Wenn man im Bereich der Förderung der Blasmusik einspart, könnte dies dazu führen ...“
2. Welche Lösung erscheint dir persönlich am besten? Begründe deine Sichtweise deinen Gruppenmitgliedern. Notiere deine Argumente auf einem Kärtchen.
3. Gestaltet nun ein Plakat, auf dem die Gruppe eure Überlegungen zu den drei Möglichkeiten der Mittelbeschaffung präsentiert. Arbeitet dazu die Ergebnisse und Überlegungen aus Aufgabe 1 ein. Klebt auch eure persönliche Entscheidung mitsamt der Begründung auf das Plakat.
4. Vergleicht nun alle Plakate in der Klasse. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede könnt ihr feststellen?

11. Landespolitik in Karikaturen

Sekundarstufe I und II

11.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Eines der Mittel in der öffentlichen Auseinandersetzung rund um politische und gesellschaftliche Fragestellungen, das seine Popularität über Jahrhunderte hinweg nicht einbüßte, ist die Karikatur. Viele Tageszeitungen nutzen die Möglichkeit, über die spezifischen Gattungsmerkmale von Karikaturen (siehe unten) politische Sachverhalte zuzuspitzen, ästhetisch zu wenden und als rhetorische Meinungsäußerungen zu positionieren. Hauptziel im Rahmen der politischen Bildung muss es jedoch sein, Karikaturen nicht nur inhaltlich zu bearbeiten, sie also nur als vorteilhafte Einstiegshilfen in bestimmte politische Kontexte zu nutzen, sondern auch die in ihnen lagernden vielschichtigen Kommunikationsabsichten und -mittel herauszuarbeiten sowie richtig einordnen zu können (vgl. Klepp 2010).

Das hier angebotene Material ist so aufgebaut, dass es für unterschiedlichste aktuelle Debatten der Landespolitik herangezogen werden kann, um mit Karikaturen zu arbeiten. Tageszeitungen, wie beispielsweise die *Salzburger Nachrichten*, bieten im Internet Sammlungen ihrer Karikaturen an (z.B. <http://mein.salzburg.com/blog/wizany/>), die für Lernprozesse in Folienpräsentationsprogramme oder auf Arbeitsblätter (unter Angabe der Herkunft und des Erscheinens) eingebaut werden können. Der hier angebotene Analyseraster versucht die kritische Analyse der bildlichen Argumentationen von Karikaturen in den Mittelpunkt zu stellen, um den Lernenden eine schrittweise selbstständige Auswertung von je aktuellen Karikaturen zu ermöglichen. Nach der Analyse ist es jedoch unabdingbar, einerseits den Entstehungskontext (politischer Kontext) einzubringen und die Schüler/innen zu eigenen Urteilen über die Situation herauszufordern (vgl. Albach/ Kühberger 2009).

11.2. Hintergrundwissen zum Thema

Das Hintergrundwissen, welches man rund um Karikaturen und das darin angesprochene inhaltliche Beispiel benötigt, kann hier nicht vorgestellt werden. Es muss je anlassbezogen der politischen Diskussion bzw. der medialen Berichterstattung entnommen werden. Grundlegend erscheinen jedoch die typischen Gattungsmerkmale von Karikaturen sowie deren Funktionen in der politischen Diskussion. Sechs oft wiederkehrende kommunikative Strategien von Karikaturen werden hier exemplarisch anhand von Salzburger Beispielen vorgestellt.

Gattungsmerkmale von Karikaturen (Krammer 2006, 36f)

Funktion/Intention

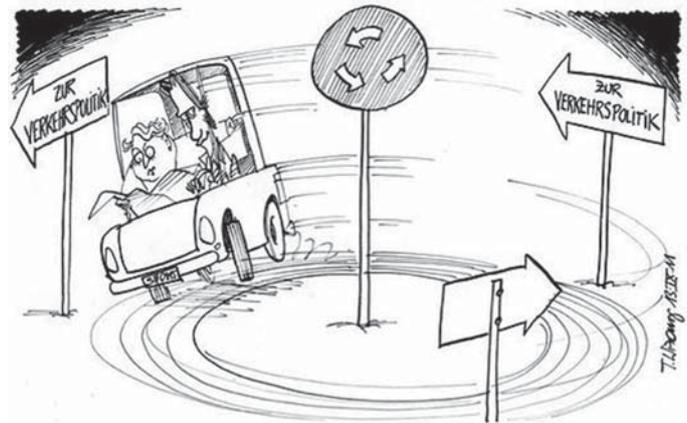
Karikaturen versuchen über eine gezeichnete Argumentation Probleme auf den Punkt zu bringen. Sie verkürzen dazu die Sachverhalte auf wenige Momente in einer bildlichen Darstellung. Ziel ist es, einen Beitrag zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit zu leisten, um damit bestimmte Sichtweisen zu favorisieren oder ein Umdenken zu ermöglichen. Letztlich handelt es sich bei Karikaturen um künstlerisch gestaltete politische Urteile.

Strategie der Kommunikation (Auswahl)

Einseitigkeit/ einseitige Urteile

In Karikaturen gibt es in der Regel eine einseitige Urteilsbildung. Andere mögliche Urteile werden nicht zugelassen oder thematisiert.

Hier: „Die Verkehrspolitik dreht sich im Kreis, obwohl sich Politiker/innen mit Plan bemühen.“



Perpetuum (Im-)mobile ... (SN, 12.9.2011)

Einsatz von Symbolen/Zeichen

Karikaturen kommunizieren mittels Symbolen und Zeichen, um auf reduzierte Art und Weise viel mitteilen zu können.

Hier: *Minarette* und *Halbmonde* in der Silhouette Salzburgs werden etwa genutzt um eine vermeintliche Islamisierung anzudeuten.



Alla turca ... (SN, 2.5.2011)

Ignorieren der „Political Correctness“ /von Respekt

Ein Kennzeichen von Karikaturen ist, dass alle Menschen der Gesellschaft gleich gut/schlecht behandelt werden. Besondere Gruppen (z.B. Politiker/innen oder Vorgesetzte) werden dabei nicht ausgespart.

Hier: Ob im Kindergarten oder im Chiemseehof (Landtag), alle haben so ihre speziellen Probleme.



Geschmacklos ... (SN, 10.2.2012)

Übersteigerung von Proportionen

Eine Strategie von Karikaturen ist es, vorhandene körperliche Merkmale von Menschen – allen voran von Politikern/innen – übertrieben darzustellen, um so einen komischen Effekt und eine gewisse (oft durchaus liebenswürdige) Lächerlichkeit zu erreichen (vgl. auch unten „Verknappung individueller Erscheinung“)

Hier: Landesrätin Widmann bei ihrem Amtsantritt mit übersteigter Körperfülle



Antrittsrede ... (SN, 11.11.2010)

Verknappung individueller Erscheinungen

Karikaturen betonen besondere Gesichtszüge und andere markante körperliche Merkmale, um die humoristische Note der Darstellung zu unterstreichen.

Hier: Landeshauptfrau G. Burgstaller und LH-Stellv. W. Haslauer mit breitem Lächeln im Kampf vereint. Besondere Betonung der (Voll)Schlankheit.



Salzburger Wahlkampfklima ... (SN, 12.10.2012)

Verbildlichung von Redensarten oder von Sachworten

Eine Art, um in Karikaturen Aufmerksamkeit zu erreichen, ist das bildliche Darstellen von Redewendungen oder Sachbegriffen.

Hier: „Kleinschule“, also eine Schule mit nur wenigen Klassen wird in der Proportion (zum Mann links) sehr klein dargestellt.



Schulschluss ... (SN, 15.5.2011)

- Karikaturen:**
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2011/09/perpetuum-im-mobile.html> (2.6.2012)
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2012/02/geschmacklos.html> (2.6.2012)
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2011/05/schulschluss.html> (2.6.2012)
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2008/10/salzbürger-wahlkampfklima.html> (2.6.2012)
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2011/05/alla-turca.html> (2.6.2012)
<http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2010/11/antrittsrede.html> (2.6.2012)

Arbeitsauftrag für eine Partnerarbeit

Material

1. Klebt die Karikatur auf das Arbeitsblatt.
2. Versucht nun die Arbeitsaufträge auf dem Raster zu lösen und schreibt eure Erkenntnisse in vollen Sätzen auf die vorgegebenen Linien.
3. Versucht nach der Analyse festzustellen, welche Meinung der Karikaturist/die Karikaturistin zum dargestellten Thema vertritt. Schreibt ein mögliches politisches Urteil, welches man aus der Karikatur begründen kann, nieder. (min. ein Satz)
4. Was ist eure Meinung zu der aufgeworfenen politischen Debatte? Gebt dazu eine schriftliche Stellungnahme ab und begründet eure Sichtweise! (min. drei Sätze)

Raster: Schritte zur Erschließung einer Karikatur

**Beschreibe genau,
was du auf der Karikatur
siehst!**

**Stelle fest, auf welche
Situation oder welches Ereignis
sich die Karikatur bezieht!**

**Finde heraus, ob der
Karikaturist/die Karikaturistin
Symbole verwendet und wo-
für sie stehen könnten!**







**Hier die
Karikatur
aufkleben**

**Stelle fest, wo die Karikatur
übertreibt, wo sie einseitig
urteilt oder partiisch
Stellung bezieht.**

**Stelle Vermutungen an,
welche Meinung der Karika-
turist/die Karikaturistin zum
Thema vertritt und auf wessen
Seite er/sie sich sieht.**

**Fasse zusammen, was der
Karikaturist/die Karikaturistin
deiner Meinung nach mit der
Karikatur bewirken möchte.**







12. Plakate zu Landtagswahlen analysieren

Sekundarstufe I und II

12.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Wahlplakate sind auch im 21. Jahrhundert noch immer eines der von der Politik verwendeten Medien, um im Wahlkampf in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Das Wahlplakat muss gleich, wie dies für Werbeplakate der Wirtschaft gilt, in wenigen Sekunden Aufmerksamkeit auf sich lenken und eine kurze prägnante Botschaft an die Betrachter/innen senden. Dazu bedienen sich die Werbeagenturen, die in der Regel derartige Plakate gestalten, ganz unterschiedlicher kommunikativer Techniken, um etwa neben dem mit einem Schriftzug kommunizierten Inhalt auch Gefühle oder Stimmungen wachzurufen und um zentrale Botschaften der wahlwerbenden Parteien zu positionieren (vgl. Öhl 2006; Kühberger 2008; Mosch 2010).

Aus diesem Grund wird hier ein Analyseleitfaden angeboten, der einen systematischen Zugang zu der Bild-Text-Kommunikation der Plakate legt und die Vielschichtigkeit des Mediums verdeutlicht. Anhand des Leitfadens können alle oder auch nur ausgewählte Aspekte (etwa gruppenteilig) erschlossen werden.

Ein vor dem Hintergrund individueller Lernprozesse zu favorisierender Zugang würde jedoch darin bestehen, dass den Schülern/innen vorerst nur ein Plakat einer Partei gezeigt wird und sie auf einem leeren Blatt notieren sollten, was das Plakat bei ihnen auslöst. Die Arbeitsaufgabe könnte etwa lauten: *„Achte beim Betrachten des Wahlplakates auf deine Gedanken und Eindrücke. Was könnte die Absicht hinter dem Plakat sein? Schreib nun in ganzen Sätzen auf, was dir durch den Kopf geht.“* Ziel ist es hierbei, dass die Schüler/innen ihre ersten Eindrücke, Sichtweisen und Beobachtungen zum Plakat einbringen. Danach sollten die Lernenden ihre Plätze wechseln und ihre Aufzeichnungen jedoch am Platz liegen lassen, so dass die Aufzeichnungen der einzelnen Schüler/innen ca. drei bis vier andere Schüler/innen durch Platzwechsel lesen können. Diese sollten dazu aufgefordert werden, eine Rückmeldung zu den Gedanken und Eindrücken ihrer Mitschüler/innen auf das am fremden Platz aufgefundene Blatt zu schreiben. Auf diese Weise erhalten einerseits alle Schüler/innen die Möglichkeit, sich zu dem Plakat zu äußern, andererseits beschäftigen sie sich intensiv mit mehreren Gedankengängen zu der auch von ihnen bearbeiteten Aufgabenstellung. Die Schüler/innen kehren nach zwei bis drei Feedbacks wieder zu ihren Plätzen zurück und beschäftigen sich mit den Rückmeldungen zu ihren Aufzeichnungen. Es wird dabei sinnvoll sein, ein Zeitlimit (z.B. 5 Minuten) pro Feedback festzulegen. Es soll den Schülern/innen jedoch freigestellt werden, von wem sie die Aufzeichnungen lesen möchten. Am Ende der Einheit nimmt die Lehrperson alle Ergebnisse schließlich zur Durchsicht mit nach Hause. Um in der nächsten Stunde mit den Ergebnissen und Gedankengängen der Lernenden weiterzuarbeiten, erarbeitet die Lehrperson eine aus Schülerstatements zusammengestellte Vorlage, in

der gelungenen Beobachtungen bzw. Analyseansätze enthalten sind. Alternativ könnten sich die Schüler/innen auch nur mit einer besonders gelungenen Beobachtung beschäftigen. Ziel ist es jedenfalls, dass die Lernenden sich damit beschäftigen, warum die von der Lehrperson ausgewählten Ausschnitte bzw. die Schülerarbeit als besonders gut gelungen gelten kann. Über einen derartigen Zugang kann es gelingen, über die Schülerprodukte in die Mechanismen einer adäquaten systematischen Analyse einzudringen. Anzustrebendes Ziel könnte es darüber hinaus sein, dass die Lernenden aus den eigenen Arbeiten einen Analyseraster oder Tipps für das kritische Lesen von politischen Plakaten ableiten (vgl. Ruf 2008).

12.2. Hintergrundwissen zum Thema

Der Landtag wird oftmals als Abstraktum wahrgenommen. Doch gerade in Wahlkampfzeiten geht es eben nicht nur um die Neuzusammensetzung einer etwaigen Regierung auf Landesebene (*Landesregierung*), sondern vor allem um die Zusammensetzung des „Parlaments“ auf Landesebene (*Landtag*). Es ist in der öffentlichen Wahrnehmung in Wahlkampfzeiten manchmal schwer zu erkennen, dass es die Abgeordneten zum Landtag sind, die letztlich die Landesregierung wählen. Hier gilt es die im Einleitungskapitel vorgestellten Rahmenbedingungen zu beachten.

Die dazugehörige Wahlwerbung richtet sich dabei stets an aktuellen Problemlagen und Themen aus, weshalb hier zwar die Plakate der letzten Landtagswahl angeboten werden, sie sollten jedoch im Unterricht durch je aktuelle Plakate abgelöst werden.

Arbeitsaufträge

1. Achte beim Betrachten des Wahlplakates auf deine Gedanken und Eindrücke. Was könnte die Absicht hinter dem Plakat sein? Schreib nun in ganzen Sätzen auf, was dir durch den Kopf geht.
2. Wechsle nun deinen Sitzplatz und lasse deine niedergeschriebenen Gedanken und Eindrücke auf deinem Platz liegen. Geh auf einen freien Platz und lies die Gedanken deines Mitschülers/deiner Mitschülerin. Hinterlasse eine positive Botschaft („Feedback“) auf dem Blatt! Du könntest so beginnen:
„Ich finde es spannend, dass du...“
„Ich habe diese Dinge nicht wahrgenommen, ...“ o.ä.

3. Wechsle nun erneut (bis zu vier Mal) deinen Platz und hinterlasse deine positiven Botschaften zu dem vorgefundenen Text.

Am Ende der Feedbackrunden werden die Schriftstücke von der Lehrerin/dem Lehrer mit nach Hause genommen. In der nächsten Stunde werden Ausschnitte (oder ein ausgewählter Beitrag) in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung in der Klasse gestellt:

4. Überlegt, warum diese Ausschnitte bzw. die Schülerarbeit als besonders gut gelungen gelten können/kann. Notiert euch schlüssige Punkte und bringt sie im Anschluss in die Diskussion ein.

Material (vgl. Kühberger 2008)

1. Sich selbst befragen (Selbstreflexion)

Welchen Eindruck und welche Wirkung hat dieses Plakat auf dich?
Notiere dazu deine ersten Eindrücke.

2. Beschreiben der Werbung

Erfasse das auf dem Plakat Dargestellte in Bild und Text möglichst im Detail. Beschreibe dazu das Plakat! Benenne die Personen, Gegenstände, Orte etc.

Werden im Plakat Symbole oder Zeichen verwendet?
Kläre in einer kurzen Beschreibung ihre Bedeutung.

Versuche die Struktur des Plakates (Aufbau, Vorder-/Hintergrund, Hervorhebungen etc.) zu erfassen. Beschreibe dazu den Grobaufbau!

Welche Stilmittel (Farben und Schattierungen, Größenverhältnisse, Techniken der Kommunikation etc.) kommen zum Einsatz? Identifiziere sie und führe Belegstellen dazu aus dem Plakat an.

3. Feststellen der in die Kommunikation involvierten Personengruppen

Stelle fest, wer die Auftraggeber/innen des Plakates sind!

Stelle fest wer die Adressat/innen/die Zielgruppe des Plakates sind/ ist!
Begründe dazu deine Sichtweise.

4. Feststellen der Werbebotschaft („message“) und Erkennen der Intentionen

Benenne die Hauptbotschaft des Plakates!

Stelle die neben der Hauptbotschaft mitgelieferten (Unter-/Sub-)Botschaften des Plakates fest (u.a. Klischees, Vorurteile, Abrufen von Emotionen durch Signale, Appell an die Rationalität)!

Welches Image wird um die Politikerin/ den Politiker bzw. die Partei aufgebaut? Erkläre deine Vermutungen anhand des Plakates.

Welche Verbindung gibt es zwischen den Absichten des Plakates und den zum Einsatz gebrachten Stilmitteln (u.a. Superlative, Imperativ, Sprachspiel, Bilder)? Identifiziere Aspekte des Plakates, in denen dies sichtbar wird.

Welche Verbindung ist zwischen Text- und Bildbotschaft zu erkennen?
Beschreibe die Beziehung zwischen Bild und Text des Plakates.

5. Selbstreflexion und Intention verbinden

Kehre nochmals zur ersten Aufgabe zurück. Lies nochmals deine Antwort durch. Inwieweit konntest du neue Aspekte gegenüber dem Ersteindruck herausarbeiten? Erörtere die Vor- und Nachteile zwischen „erstem Eindruck“ und „genauer Analyse“.

6. Öffnen von Kontexten

Auf welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen etc. Zusammenhänge bezieht sich das Plakat? Werden konkrete gegenwärtige Herausforderungen angesprochen? Erkläre mögliche Verbindungen zwischen dem Plakat und aktuellen gesellschaftlichen Problemen.

Plakaten der letzten Landtagswahl 2009





Die Plakate wurden aus den Plakatserien zum Wahlkampf 2009 von den Parteien selbst für diese Publikation ausgewählt.



13. Analyse von TV-Berichterstattung

Sekundarstufe II

13.1. Didaktisch-methodische Hinweise

Eines der Formate von Berichterstattung über Politik stellen TV-Nachrichtensequenzen oder Kurzfilme aus Eigenproduktionen von Parteien oder Interessengruppen dar. Neben den Möglichkeiten, aktuelle Berichterstattung zum Salzburger Landtag oder zur Landespolitik auf der Homepage des Österreichischen Rundfunks im Nachhinein anzuschauen, bietet gerade das Internet einschlägige Plattformen (youtube o.ä.) an, welche Kurzberichte in Videoformaten bereithalten. Auch das Salzburger Landespressebüro speist in regelmäßigen Abständen Beiträge ein, um über die politische Arbeit im Land Salzburg zu berichten. Diese Minidokumentationen eignen sich im gleichen Maße wie Kurzberichte von TV-Sendern für kritische Medienanalysen. Einer ausführlichen Analyse im Unterricht kommt vor allem die Kürze dieser Berichte entgegen, da sie problemlos mehrmalig angesehen und damit genauer durchleuchtet werden können. Auf diese Weise kann es gelingen, die Salzburger Landespolitik und das Medium selbst in den Mittelpunkt von kritischen Auseinandersetzungen zu stellen.

Es hat sich für Lernprozesse, die sich mit Medien, welche sich mit politischen und gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, als sinnvoll herausgestellt, dass den Schülern/innen Analysefragen zur Verfügung gestellt werden, die einen systematisch aufgebauten Zugang legen (vgl. Krammer 2008). Solche Fragenkataloge können immer wieder zum Einsatz gebracht werden und bilden in diesem Sinn ein wichtiges Werkzeug, um Transferleistungen von bekannten auf inhaltlich neuartige Lernsituationen (hier unbekannte neue TV-Berichte) zu gewährleisten.

Aus diesem Grund wird hier einerseits ein detaillierter Fragenkatalog angeboten, der ein umfangreiches Angebot an Aufgabenstellungen zu analysierwürdigen Aspekten abdeckt und vorstellt. Gleichzeitig wird auch ein konkretes Beispiel angeführt, um zu verdeutlichen, wie man einen derartigen Katalog gezielt zum Einsatz bringen kann. Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur der gebotene Inhalt, sondern auch die Art der medialen Präsentation (vgl. Windischbauer 2010, 145; Deichmann 2010, 340).

Als besonders produktiv hat sich der Vergleich von zwei verschiedenen Berichterstattungen zu einem Thema herausgestellt, da durch die dabei auftretende unterschiedliche mediale Verarbeitung, die Differenzen in der Darstellung den Schülern/innen zugänglicher werden (vgl. Ammerer 2008, 61f).

Hat man, wie dies für die lokale oder regionale Landespolitik häufig der Fall ist, nur ein mediales Produkt zur Verfügung, kann die kritische Analyse des TV-Berichtes den Beginn einer inhaltlichen Auseinandersetzung markieren und in eine Übung zum selbstständigen Fällen von politischen Meinungen münden.

Arbeitsauftrag für eine Partnerarbeit

Versucht anhand des *Fragenkatalogs zur Analyse von TV-Berichterstattungen* den vorgegebenen TV- bzw. Video-Bericht zu analysieren. Folgt dabei den Anweisungen des Fragekatalogs und notiert eure Ergebnisse.

13.2. Hintergrundwissen zum Thema

Um die aktuelle Videoberichte zur Salzburger Landespolitik bzw. zum Landtag abzurufen, ist es einerseits möglich ORF-Berichte, die derzeit im Nachlauf auf die TV-Sendungen im Internet angeboten werden, oder die online Angebote des Salzburger Landespressebüros zu nutzen.

Links zum Streaming des ORF in der TVthek

<http://tvthek.orf.at/>

Links zu den Online-Videos des Landespressebüros

<http://service.salzburg.gv.at/multimedia/Index>

Material

Fragenkatalog zur Analyse von TV-Berichterstattungen (vgl. Ammerer 2008, 61)

Fragen zum Aufbau des Berichtes

1. Aus welchen Bausteinen besteht der Bericht? Kreuze die im Bericht verwendeten Bausteine an und ergänze fehlende Bausteine, falls sie hier nicht angeführt sind.

Lokalaugenschein	Kommentar aus dem Off	Kommentar durch Reporter	Zugeschaltete Korrespondenten/innen
Interview mit Experten/innen	Interview mit Betroffenen	Interview mit zuständigen Politikern/innen	Interview mit Politikern/innen der Opposition
Befragung von nicht betroffenen Bürger/innen (Straßeninterviews)	Abgefilmtes Material (z.B. Akten, Fotos)	Archivaufnahmen	Eingeblendete Diagramme
Eingeblendete Grafiken	Umgebungsgeräusche als Hintergrund	Hintergrundmusik	Eingespielte Geräusche
Material von anderen Fernsehstationen			

2. Welche Funktion übernehmen die einzelnen Bausteine im Bericht? Wähle aus den hier angegeben eine Funktion aus oder stelle dazu eigene Vermutungen an.

... um Hinweise auf die Situation zu geben, wie sie bereits einmal in der Vergangenheit diskutiert wurde	... um einen Sachverhalt durch aufgearbeitete Zahlen zu illustrieren	... um ein breites Meinungsbild zur thematisierten Frage zu ermöglichen
... um einen „roten Faden“ durch den Bericht zu haben	... um Bilder für ein Thema zu haben, das sich ansonsten nur schwer in TV-Berichten darstellen lässt	... um eine bestimmte Stimmung zu vermitteln
... um die Stimmung vor Ort einzufangen	... um eine sachliche Auskunft zu einem Problem einzuholen	etc.

3. Welchen Bausteinen wird im Bericht besonders viel Zeit eingeräumt? Nimm eine Schätzung vor oder stoppe die Zeit der einzelnen Sequenzen im Beitrag. Welche Gründe könnte es für eine solche Gewichtung geben? Versuche eine Erklärung zu finden und begründe diese.
4. Handelt es sich bei dem Bericht eher um einen *sachlich nüchternen Bericht* oder um *Infotainment*, also um eine kurzweilige Unterhaltungssendung? Begründe deine Sichtweise mit Belegen aus dem Beitrag (beachte dazu u.a. Sprachhaltung, verwendete Bilder, Aufmachung des Beitrags).
5. Welche Rolle spielen im Beitrag interviewte Politiker/innen? Wie werden diese vom Medium dargestellt? Wirken sie sympathisch/unsympathisch? Wird ihren Aussagen zugestimmt oder widersprochen? Begründe deine Sichtweise anhand von Beispielen aus dem Beitrag.

Fragen zu den im Bericht geäußerten Meinungen

1. Welche verschiedenen Meinungen zur gezeigten Situation bzw. über das behandelte Problem wurden im Bericht berücksichtigt? Versuche sie je in einem Satz zusammenzufassen.
2. Wie verhält sich der Moderator/die Moderatorin (oder der Sprecher/die Sprecherin, den/die man nicht sieht) im Beitrag? Bringt er/sie seine/ihre eigene Meinung zum Ausdruck? Notiert abgegebene Meinungen und beurteilt deren Funktion für die Wahrnehmung der gezeigten Situation/ des behandelten Problems.
3. Wer hat die Chance, im Beitrag zu Wort zu kommen, wer nicht? Werden im Bericht alle relevanten Personen(gruppen) berücksichtigt? Erörtert dies anhand einer kurzen Skizze der involvierten und nicht involvierten Personen und klärt die Auswirkungen auf die Ausgewogenheit in der Berichterstattung.

Arbeitsblatt Online Berichte des Landespressebüros

Reporter/innen	Stimme aus dem Off	Politiker/innen
Experten/innen	Direkt betroffene Bürger/innen	Indirekt betroffene Bürger/innen
Nicht betroffene Bürger/innen	Prominente Bürger/innen	etc.

4. Werden Meinungen durch bestimmte Bilder kommentiert, unterstützt oder kritisiert? Inwiefern verändert oder unterstützt der Bericht damit die Aussage? Falls es solche Beispiele gibt, beschreibt sie und führt die von euch vermutete Absicht (Intention) der Darstellung an.

Arbeitsauftrag: Partnerarbeit

- Schaut euch die beiden Berichte an.
- Welche Unterschiede in der Berichterstattung fallen sofort ins Auge? Notiert die unterschiedlichen Momente in der Tabelle:

Videobericht 1 (Titel)	Videobericht 2 (Titel)

- Welche Auswirkungen hat die unterschiedliche Art der Darstellung auf
 - den Informationsgehalt des Berichtes
 - die Ausgewogenheit der Darstellung
 - die Glaubwürdigkeit des Berichts
 Notiert dazu eure Überlegungen und bezieht dabei die Ergebnisse aus Frage 2 mit ein oder führt Belege aus den Berichten an.
- Versucht Empfehlungen zu formulieren, wie aus eurer Perspektive derartige Politikberichte aussehen sollten, damit sie für euch als junge Wähler/innen interessant werden! Verfasst dazu mindestens 5 Empfehlungen und begründet eure Sichtweise.

Vorschlag für den Vergleich

Pressekonferenz: Steigende Fahrgastzahlen im Öffentlichen Nahverkehr
(16.3.2012)

<http://service.salzburg.gv.at/multimedia/Index?cmd=videodetail&klasse=video.AVideo&videoid=163> (2.6.2012)

Wehrpflicht oder Freiwilligendienst? Was Salzburgs Jugendliche wollen und was sie denken (8.6.2011)

<http://service.salzburg.gv.at/multimedia/Index?cmd=videodetail&klasse=video.AVideo&videoid=81> (2.6.2012)

Literatur

Albach, Steffen/Kühberger, Christoph: Mit Karikaturen zu weiteren politischen Urteilen der Tagespolitik vordringen. In: Politische Bildung konkret. Hg. v. H. Ammerer, R. Krammer, E. Windischbauer. Wien 2009. S. 78-81.

Ammerer, Heinrich: Mit Nachrichtensendungen im Unterricht arbeiten. In: Informationen zur Politischen Bildung 29/ 2008. S. 58-63.

Bevec, Tobias: Politische Theorie. Bonn 2007.

BMUKK (Hg.): Informationsblätter zum Schulrecht. URL: www.bmukk.gv.at/schulen/recht/info/Schuldemokratie_und_Schu1625.xml [10.5.2012];

www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009600 [7.5.2012]

Bundeszentrale für politische Bildung: Bildreportage anfertigen. <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/grafstat/46902/bildreportage-anfertigen> [26.6.2012]

Dachs, Herbert/ Diendorfer, Gertraud/ Fassmann, Heinz: Politische Bildung. Wien 2005.

Deichmann, Carl: Nachrichten. In: Handbuch Medien in der politischen Bildung. Hg. v. A. Besand, W. Sander. Bonn 2010. S. 337-347.

Detjen, Joachim: Erkundung/Sozialstudie/Praktikum. In: Handbuch zur politischen Bildung. Hg. v. W. Mickel. Bonn 1999, S. 397-403.

Gärtner, Reinhold: Politiklexikon für junge Leute. Wien 2008.

Hämmerle, Kathrin/Seebacher, Felicitas: SchülerInnenparlament in der Volksschule. In: Politische Bildung konkret. Beispiele für kompetenzorientierten Unterricht. Hg. v. H. Ammerer, R. Krammer, E. Windischbauer. Wien 2009, S. 15-22. Download: www.politik-lernen.at/content/site/gratisshop/shop.item/105601.html [22.6.2012]

Hofmann, Sabine/Windischbauer, Elfriede: „Er soll schöne Klamotten haben und eine Krawatte, so schauen die alle aus ...“ Was Kinder über Politik denken. In: Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Hg. Ch. Kühberger, E. Windischbauer. Wien – Innsbruck 2010, S. 60-78.

Klepp, Cornelia: Karikaturen. In: Handbuch Medien in der politischen Bildung. Hg. v. A. Besand, W. Sander. Bonn 2010. S. 239-247.

Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede et al: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenzstrukturmodell. Wien 2008.

Krammer, Reinhard: Der politische Film im Unterricht. Analyse, Interpretation, Diskussion. In: Informationen zur Politischen Bildung 29/2008. S. 51-57.

Krammer, Reinhard: Historische Kompetenzen erwerben – durch das Arbeiten mit Bildern. In: Mit Bildern Arbeiten. Historische Kompetenzen erwerben. Hg. v. R. Krammer, H. Ammerer. Neuried 2006. S. 21-37.

Kühberger, Christoph: Werben für eine Sache. Mit Printwerbung arbeiten. In: Informationen zur Politischen Bildung 29/2008. S. 46-50.

Kühberger, Christoph: Politikbezogene Methodenkompetenz auf basalem Niveau im frühen politischen Lernen am Beispiel „Zeitung“. In: Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Hg. Ch. Kühberger, E. Windischbauer. Wien – Innsbruck 2010, S. 153-165.

Kühberger, Christoph/ Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Politikunterricht. Schwalbach/Ts. 2013. (im Druck)

Kühberger, Christoph/ Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts. 2012.

Kühberger, Christoph/ Windischbauer, Elfriede: Kommentar zum Lehrplan der AHS-Unterstufe und Hauptschule „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2008).

www.gemeinsamlernen.at/siteVerwaltung/mBeitrage/Arbeitsmappe/Lehrplankommentar_GSK_PB_2008_09.pdf [22.6.2012].

Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Politische Bildung in der Volksschule – Anmerkungen zu fachdidaktischen Grundlagen. In: Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Hg. Ch. Kühberger, E. Windischbauer. Wien – Innsbruck 2010, S. 13-42.

Mittermayr, Wolfgang: Politik im Wandel. Der Landtag und die Arbeit seiner Ausschüsse vor und nach Abschaffung des Regierungsproporz. Salzburg, 2009 (Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie „Salzburger Landtag“ Nr. 12) – Download: https://service.salzburg.gv.at/landversand/Landversand.sf/de_AT/?ObjectPath=/Shops/Landversand/Products/2003-La-12 [22.6.2012]

Mosch, Mirka: Plakat. In: Handbuch Medien in der politischen Bildung. Hg. v. A. Besand, W. Sander. Bonn 2010. S. 362-371.

Öhl, Friedrich: Politische Plakate. Zum schwierigen Umgang mit einem komplexen Medium im Geschichtsunterricht. In: Mit Bildern arbeiten. Historische Kompetenzen erwerben. Hg. v. R. Krammer, H. Ammerer. Neuried 2006. S. 65-74.

Reeken, Dietmar von: Erkundung. In: sowi-online-Methodenlexikon. Bielefeld 2004.

URL: http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/von_reeken_erkundung.htm [26.6.2012]

Reeken, Dietmar von: Politisches Lernen im Sachunterricht. Didaktik und unterrichtspraktische Hinweise (Dimensionen des Sachunterrichts Bd. 1). Baltmannsweiler 2001).

Ruf, Urs: Das Dialogische Lernmodell vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Theorien und Befunde. In: Besser Lernen im Dialog. Hg. v. U. Ruf, S. Keller, F. Winter. Seelze-Velber 2008. S. 233-274.

Salzburger Landespressebüro: Der Chiemseehof. Sitz des Landtages und der Salzburger Landesregierung. Schriftenreihe des Landespressebüros. Sonderpublikationen Nr. 233

Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hg.): Reicht der Beutelsbacher Konsens? Schwalbach/Ts. 1996.

Schneider, Herbert: Der Beutelsbacher Konsens. In: Handbuch zur politischen Bildung. Hg. v. W. Mickel. Bonn 1999. S. 171-179.

Sperling, Hartmut et al.: Demokratie heute. Politische Bildung. Braunschweig 2007.

Windischbauer, Elfriede: Kindernachrichtensendungen analysieren. In: Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Hg. v. Ch. Kühberger, E. Windischbauer. S. 141-152.

Windischbauer, Elfriede: Vom Einmischen und Mitreden. Echte Partizipation statt Scheindemokratie. In: Unsere Kinder. Das Fachjournal für Bildung und Bereuung in der frühen Kindheit 4/2011, S. 4-8.

Weitere Links

www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm (22.6.2012)

www.jularockt.at (22.6.2012)

www.ustream.tv/channel/salzbürgerlandtaglive (22.6.2012)

www.salzburg.gv.at/pol/landtag/landtagsvideo-2.htm (22.6.2012)

www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm (22.6.2012)

www.salzburg.gv.at/landtag (22.6.2012)

<http://oe1.orf.at/artikel/303060> (30.4.2012)

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=48852 (22.6.2012)

www.salzburg.com/nachrichten/kolumne/standpunkt/sn/artikel/endlich-standards-in-transparenz-11466 (22.6.2012)

Autorenteam

Christoph Kühberger, Mag. et Dr. phil. habil., Priv. Doz., geb. 1975, Studium der Geschichte und Italianistik (Lehramt) an der Universität Salzburg/Österreich und an der Università degli Studi di Perugia/Italien, Promotion 2003, 2002-2004 Forschungsassistent am Institut für Philosophie/Universität Salzburg, 2004-2006 Geschichtsdidaktiker am Historischen Institut/Universität Greifswald; 2006-2008 Mitarbeiter an der „Zentralen Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung“ am Fachbereich Geschichte/Universität Salzburg; 2008-2009 Professor für „Vergleichende Neuere und Neueste europäische Kulturgeschichte“ am Institut für Geschichte/Universität Hildesheim. Habilitationsschrift „Historisches und politisches Lernen in der Postmoderne“ (2009). Venia legendi „Neuere und Neueste Geschichte und ihre Didaktik“. Seit Februar 2009 Vizerektor für Sozial- und Gesellschaftswissenschaften der Pädagogischen Hochschule Salzburg sowie seit 2011 Leiter der „Zentralen Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung“/Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg.

Elfriede Windischbauer, Mag. et Dr. phil., geb. 1962, Studium der Geschichte und Deutschen Philologie (Lehramt) an der Universität Salzburg. Disseration zum Thema „Geschlecht als historische Kategorie in österreichischen Geschichtsschulbüchern“. 15 Jahre lang Lehrerin an Hauptschulen. Lehrende für Interkulturelles Lernen, Politik- und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Salzburg. Lehraufträge an der Universität Salzburg (Fachbereich Geschichte). Mitarbeiterin an der „Zentralen Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung“ am Fachbereich Geschichte/Universität Salzburg. Mitglied im Vorstand des „Forums Politische Bildung“/Wien, stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für Geschichtsdidaktik Österreich. Seit Oktober 2012 Rektorin der Pädagogischen Hochschule Salzburg.

Notizen



Land Salzburg

Landtag